

Danziger Volkszeitung

Westpreussisches Volksblatt Danziger Volksblatt

Bezugspreis: Durch Austräger oder Zweigstellen monatl. 2,50 DM., durch die Post im Reichsgebiet 3,00 DM., nach Ausland 3,50 DM., Einzelhefte 0,15 DM., 10 Hefte 1,50 DM. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezugsnehmer kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verspätet oder nicht erscheint. Unverl. Mannschaften werden nicht zurückgeschickt. Fernsprecher: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 96 und 247 97, Hauptverteilung: 248 97.

Anzeiger für den Freistaat Danzig Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatkunde“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

Anzeigenpreise und Bedingungen: Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigenteil 10 Pf., im Reklameteil (83 mm breit) 50 Pf. Auslandspreise, Beilagen und Rabatte nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Plak. u. Fernwörterkarten sowie Leuchtbildern und Abbildungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Bildfehler infolge unentgeltlicher Manuskript- oder Foto-Verarbeitung keine Gewähr. Bei weiterer Zahlung, Kontingenz, Beilagen und sonst. Beilagen kein Rabatt. Geschäftsstand Danzig. Telegr.-Adresse: Danziger Volkszeitung Danzig.

Der Präsident des Senats spricht

Programmatische Erklärung der Danziger Regierung

Senatspräsident Dr. Rauschning vor dem Volkstag.

Zu Beginn der gestrigen Volkstagsitzung ergriff sofort der neu gewählte Präsident des Senats Dr. Rauschning das Wort zu folgender Regierungserklärung über die Aufgaben und Ziele der neuen Regierung:

Unter dem Druck schwerster Sorge um das Schicksal des Staates, in der tiefsten Spannung einer geistig-stillistischen Umwälzung hat die Danziger Bevölkerung die Wahl des neuen Volkstages in wunderbarer Disziplin vorbereitet und durchgeführt. Sie hat damit ein Beispiel der Selbstbeherrschung und des Beweises geliefert, daß sie bereit ist, der Gestaltung ihres Schicksals in den notwendigen Grenzen besonnener Beschränkung eine große Wendung von geschichtlicher Bedeutung zu geben. Ruhe und Ordnung waren nicht so sehr die Auswirkungen staatlicher Machtanwendung, zu der sich der größere Teil der Bevölkerung in scharfster Opposition befand,

als der freiwillig übernommener Schritt, die ein unbestechliches Zeugnis für die sittliche Weiterentwicklung des deutschen Volkes aus einer Zeit der Zügellosigkeit, der Selbstsucht und der Sittenlosigkeit ist.

Der Dank für diese Haltung, der vornehmlich der Nationalsozialistischen Bewegung gebührt, ist das Bewußtsein, daß das Schicksal Danzigs für alle Zukunft von dem Verhalten jedes einzelnen seiner Bürger abhängt und daß diese Probe in der klaren Erkenntnis von der Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft bestanden wurde. Damit ist die Aufgabe einer verantwortungsbewußten Volksgemeinschaft unter den härtesten Bedingungen gestellt.

Inland wie Ausland dürfen mit Beruhigung der Gestaltung der Danziger Verhältnisse in der Zukunft entgegensehen.

Die vorzeitige Wahl eines neuen Volkstages war nicht der Ausfluß parlamentarischer Schwierigkeiten der Mehrheitsbildung, sondern die unumgängliche Folge einer elementaren geistigen Bewegung, die das gesamte deutsche Volk ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen und Formen ergriffen hatte und in einem unerhörten Schmelzprozeß zu neuer Gestalt und Einheit umgibt.

Neues in Kürze

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Ruff, empfing gestern nachmittag den französischen Botschafter François-Poncet. Es wurden Fragen des deutsch-französischen Schüleraustausches und der Deutsch-Französischen Gesellschaft besprochen.

Auf Witten des Aeroklubs von Deutschland hat Reichspräsident Generaloberst von Hindenburg gemeinsam mit dem Reichsluftfahrtminister Göring das Protektorat über den Aeroklub von Deutschland übernommen.

Auf Grund der polizeilichen Ermittlungen hat sich herausgestellt, daß der in Tübingen unter dem Verdacht, am Verbot der Schlägerei beteiligt zu sein, verhaftete 29 Jahre alte Alfred Schneider nichts mit dem Verurteilten Schlägerei gleichen Namens zu tun hat.

Das sächsische Innenministerium hat den Jungdeutschen Orden, den Tannenbergsorden und die SPD verboten.

Der Vizepräsident der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, Symonds, teilte mit, daß eine Vertagung der Konferenz wegen Erreichung des toten Punktes in keiner Form in Frage komme. Amlich wird mitgeteilt: Die Veröffentlichungen über den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Dr. Dörpmüller sind von A bis Z erfunden.

Auf der internationalen Genossenschaftstagung in Basel kam es von seiten französischer Delegierter und des Generalsekretärs der Genossenschaftsinternationale, Henry May, zu Beschimpfungen der deutschen Delegation, die unter Protest den Saal verließ. Wie bekannt wird, ist inzwischen eine entsprechende Erklärung und Entschuldigung in höflich gefasster Form eingelaufen.

Christlich-Soziale und Sozialdemokraten werden im niederösterreichischen Landtag beantragen, daß sämtliche Mandate der Nationalsozialisten im Landtag, Bundesrat und in den Bezirksausschüssen erlöschen. Dadurch werden die Immunität und die Rechte der nationalsozialistischen Abgeordneten aufgehoben. Der Landesverbandsführer der Deutschen Nationalen Front im Lande Oberösterreich, Dr. Bunnemann, hat folgende Anordnung erlassen: Hiermit löse ich den Landesverband Oberösterreich der Deutschen Nationalen Front mit allen seinen Untereinrichtungen auf. Gleichzeitig entbinde ich alle bisherigen Mitglieder von ihren der Partei gegenüber eingegangenen Verpflichtungen.

In Frankfurt a. M. ist das Todesurteil gegen den früheren Postauswärtigen Matthias Heine vollstreckt worden. Heine war zum Tode verurteilt worden, weil er die ledige Erna Wolf, die ein Kind von ihm erwartete, ermordet hat.

Diese als höchste Frucht einer zweitausendjährigen Entwicklung errungene Einheit verlangt und fordert die Ausmerzungen des beherrschenden Einflusses des Fremden und Zerlegenden,

das in keinem Volk der Erde eine so große Macht über Kultur, Wirtschaft und politische Führung gehabt hat wie in dem deutschen. Es ist eine elementare Notwendigkeit, den Geist des Internationalismus und des Klassenkampfes, den Ungeist der Relativität und den Grundgedanken des wirtschaftlichen Egoismus mit den Wurzeln aus dem deutschen Volk herauszureißen.

Es ist das Verhängnis des zurückgetretenen Senats, daß er diese Schicksalswende im deutschen Volk nicht verstanden hat. Nebenbei, wo das deutsche Volk in sich zerfallen war, mußte es den Weg zur neuen Gemeinschaft suchen.

Die aus diesem Geiste nationaler Erhebung geborene Wahl vom 28. Mai hat zweierlei vor aller Welt unter Beweis gestellt:

In erster Linie und vor allem anderen war sie ein

Bekenntnis zum Deutschtum, zum deutschen Charakter Danzigs.

Von rund 214 000 Wählern haben nur rund 6700 sich zum polnischen Volkstum bekannt. Seit der ersten Wahl im Jahre 1920 mit rund 9300 Stimmen, von rund 153 000 abgegebenen gültigen Stimmen, und einer Hundertzahl der polnischen Stimmen von 6,1 Prozent,

hat sich die absolute Zahl der polnischen Stimmen um ein Drittel, die Prozentzahl um nahezu die Hälfte gegenüber der letzten Wahl verringert. In den vierzehn Jahren seit der Trennung Danzigs vom Mutterlande ist somit der deutsche Charakter nicht nur unvermindert erhalten, sondern sogar noch reiner ausgeprägt worden.

Der ungebundene Erhaltungswille der deutschen Bevölkerung hat angesichts der schweren außenpolitischen Bedrängnis Danzigs und der verschlechterten wirtschaftlichen Lage damit einen um einordentlich höheren Beweis erfahren. Dieser trotz Not und Entbehrung ungebundene nationale Behauptungswille ist das kostbare Gut, das der neue Senat übernimmt, in dem Bewußtsein der Schwere der Verantwortung, es weiter zu pflegen und zu bewahren. Alle Versuche, von innen her sowohl als von außen dieses unter höchsten nationalen Gut anzutreten, werden wir mit äußerster Entschlossenheit zu verteidigen wissen.

Der neue Senat bekennt sich zu einer

Politik des Friedens und der Vertragstreue,

der Achtung der Gesetze und Verträge, wie der unbedingten Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aller Staatsbürger wie der vom Völkerbund geschützten Verfassung als der Garantie des Friedens.

Er bekennt sich auch zur Achtung vor jedem fremden Volkstum. Insbesondere darf die nationalsozialistische Bewegung durch den neuen Senat aus dem Bekenntnis zum unabdingbaren Recht auf das eigene Volkstum sich zu diesem Grundgesetz bekennen, der allein die Gewähr einer neuen und gerechten Ordnung der Völker bietet.

Der Senat ist in Konsequenz dieses Grundgesetzes willens,

in dem Verhältnis Danzigs zu Polen durch unmittelbare Verhandlungen eine Vereinigung der gesamten schwebenden Fragen zu versuchen

und den gegenseitigen Beziehungen seinerseits einen Charakter zu geben, der unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verbindungen unerheblich ist, wenn nicht die derzeitigen schweren Störungen zu einer endgültigen Entfremdung führen sollen.

Eine Reihe schwerwiegender Streitfälle, die die Lebenswurzeln Danzigs als Staat, wie als Wirtschaftskörper berühren, erfordern eine beschleunigte Erledigung.

Diese scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten können nur in einem hochherzigen Entschluß beider Kontrahenten zu einem friedlichen Ausgleich im Interesse des Wohles beider Staaten wie des europäischen Friedens eine Vereinigung erfahren.

Die Danziger Bevölkerung beansprucht den Lebens- und Wirtschaftsraum, den sie neben der Erhaltung ihrer eigenen Kultur und ihres Staates zur Befriedigung ihrer Existenz bedarf.

Die Anerkennung der Freien Stadt als selbständigen Staat durch die alliierten und assoziierten

Mächte bedeutet die Anerkennung des deutschen Charakters des Gebietes. Die Verleihung der eigenen Staatlichkeit sollte die Gewähr der Dauer dieses deutschen Charakters sein.

Jede Verständigung muß daher der Bereitwilligkeit begreifen, diesen selbständigen staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Charakter Danzigs als eine dauernde Ordnung aufrichtig zu bejahen.

Alle Bereitwilligkeit Danzigs zu einer Vereinigung der schwebenden Fragen mit Polen und zur Herstellung einer friedlichen Atmosphäre findet aber ihre Begrenzung an dem unveräußerlichen Rechte der Freien Stadt auf ihren eigenen nationalen Charakter, ihre staatliche Selbständigkeit und ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit.

Das polnische Volk selbst hat die politische Idee der freien Union der Völker geprägt. Die polnischen Volksräte der preussischen Teilgebiete haben in einem Aufrufe vom Mai 1919 zum Ausdruck gebracht, daß: „nur in gemeinsamer Arbeit, in gemeinsamer Duldung, in weitestgehender gegenseitiger Toleranz die Gewähr für eine gemeinsame, frohe, alle Schrecken des Weltkrieges überwindende Zukunft liegt.“

Nicht wirtschaftliche Vernichtung und Verdrängung eines Volkes durch das andere, sondern gedeihliche Zusammenarbeit und Aufrechterhaltung des Friedens trägt dem von den polnischen Volksräten geäußerten Gesichtspunkten Rechnung.

Wie wird das Danziger Volk aufhören, sich als Glied des deutschen Volkes zu fühlen. Wir wären unerbittlich und es glaubte uns niemand, wenn wir mit diesem Bekenntnis zurückhielten.

In der Erwartung und festen Zuversicht, daß ein neuer Rechtsgedanke in die Beziehung der Völker dauernde Ordnung und Sicherheit bringen würde, nahm das Danziger Volk die Entscheidung des Jahres 1919 auf sich.

Danzig will auch in Zukunft seine Politik bestimmen lassen durch diesen Geist des Friedens. Für

das Verhältnis zum Völkerbund

wie zu den anderen Staaten und Mächten darf demnach wie in den Beziehungen zu Polen durch Verständigungsbereitschaft gegenüber der Notwendigkeit der innerpolitischen Erneuerung der Freien Stadt und ihrer Bevölkerung erwartet werden.

daß die bisherigen Sympathien und freundschaftlichen Beziehungen erhalten bleiben und gestärkt werden.

Der neue Senat wird es sich angelegen sein lassen, sie zu pflegen.

Wir dürfen insbesondere von einem Volke wie dem polnischen, das den Satz geprägt hat, daß die letzte uneinnehmbare Festung das menschliche Herz sei, erwarten, daß es nicht Forderungen stellt, die wir entsprechend unserer angeborenen deutschen Weisheit nicht erfüllen können und werden.

Wie uns gemeinsames Unglück mit dem deutschen Volk erst recht zusammenknüpfte, so formt uns jetzt der gemeinsame Wille der Erneuerung mit den Brüdern drüben in einer heiligen Flamme.

Bekenntnis zu lebendiger Volksgemeinschaft.

Ich komme zu dem zweiten, was die Wahl vom 28. Mai bewiesen hat:

Unter einem unerhörten Druck politischer Agitation, die nicht vor der Drohung zurückschreckte, daß die Beziehung der Freien Stadt in nächster Aussicht stehe, trotz Anwendung aller Mittel staatlicher Autorität gegen sich mit Verböten, Verhaftung, gegen die Mittel staatlicher Auflösung, im konzentrischen Angriff aller Parteien gegen sich, ist diese Wahl ein überwältigender Sieg, der von der NSDAP. getragenen Bewegung der nationalen Erneuerung. Sie hat es verstanden, völlig allein stehend durch die Macht ihrer Idee aus sich selbst zu liegen und die absolute Mehrheit im Staat und damit den alleinigen Führungsanspruch auf parlamentarischer Grundlage zu erringen. In tiefer und bedeutungsvoller Weise hat daher die Danziger Wahl die Märzwahl des deutschen Volkes im Reiche bestätigt.

Der Sinn dieses Kampfes war die Gewinnung einer lebendigen Volksgemeinschaft, in der jeder mit dem unerbittlichen Recht auf Arbeit und Brot sich dienend dem höheren Ziele einer Ordnung sozialer Gerechtigkeit und sittlicher Verbundenheit unterordnet.

(Fortsetzung auf der 2. Seite).

Die Regierungserklärung und wir

Bemerkungen zur programmatischen Erklärung des Präsidenten des Senats

Allgemeiner Eindruck Die gestrige Volkstagsitzung brachte die mit Spannung erwartete programmatische Erklärung der neuen Regierung. Sie ist erfolgt, unsere Leser finden sie nebststehend im Wortlaut. Der allgemeine Eindruck muß als durchaus günstig bezeichnet werden. Der Präsident des Senats Dr. Rauschning sprach klar, bestimmt und nicht ungeschickt, sein ganzes Auftreten wirkte sympathisch. Was er sagte, können wir — einige Nebensächlichkeiten und rein parteipolitische Wendungen ausgenommen — ohne weiteres voll und ganz unterschreiben, wir hoffen, daß es ihm möglich sein wird, wenigstens einen erheblichen Teil dessen durchzuführen, was er gestern angekündigt hat. Die ganze Rede zeigte Form und ernsten Willen, sie wurde vom ganzen Hause auch mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen. Kein Zwischenruf machte sich bei der Opposition bemerkbar, dagegen wurde sie öfter von den Parteifreunden des Präsidenten mit lautem Beifall unterbrochen. Sehr angenehm berührte auch, daß jede Polemik, namentlich auch gegen die abgetretene Regierung, vermieden wurde und die gesamten Darlegungen sich auf das rein Sachliche beschränkten. Den Standpunkt der Zentrumspartei zu den Ausführungen des Präsidenten des Senats legte Senator a. D. Abg. Kurovski in kurzer Erklärung dar, wir möchten uns hier darauf beschränken, die Hauptgedanken kurz herauszugreifen und einige Bemerkungen unterliehen dazu zu machen.

Wenn der Präsident des Senats mit besonderer Hervorhebung betonte, daß die Regierung bekräftigt sein werde, „den Geist des Internationalismus und des Klassenkampfes, den Ungeist der Relativität und den Grundgedanken des wirtschaftlichen Egoismus mit den Wurzeln aus dem deutschen Volk herauszureißen“, so können wir nur betonen, daß wir dieser Forderung aus ganzem Herzen zustimmen und daß wir ihn in diesen seinen Bemühungen mit aller unserer Kraft unterstützen werden, denn in diesem Sinne ist bisher bereits unser Streben und Arbeiten gegangen, wie dies unserer katholischen Weltanschauung entspricht. Stets haben wir gekämpft gegen Klassenhaß und Klassenkampf, all unser Streben war darauf gerichtet, die Klassenbeziehungen zu beseitigen oder wenigstens zu überbrücken, und es ist uns dies auch in unseren katholischen Organisationen so wohl wie auch politisch in unserer Zentrumspartei gelungen. In unseren Reihen hatte und hat der Geist des Klassenkampfes und der wirtschaftlichen Selbstsucht niemals Nährboden gefunden, wohl aber die entschiedene Ablehnung und Bekämpfung. Wir dürfen darauf hinweisen, mit welcher Energie wir seit Jahrzehnten den Geist des religiösen, politischen und wirtschaftlichen Liberalismus bekämpft haben, der in den Kreisen der Arbeiterbewegung die Macht des Stärkeren, die Ellenbogenfreiheit, den Klassenkampf von oben verordnete, der sich bei den Arbeitnehmern zum Sozialismus marxistischer Prägung mit dem gleichen Klassenkampf formte, der den Internationalismus schuf, sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite. Wir dürfen daran erinnern, mit welchem Nachdruck wir in allen Wahlen die sogenannten Wirtschaft- und Standesparteien, die samt und fonsers aus liberalem Geiste geboren waren, bekämpft und ihnen die Zentrumspartei entgegenstellten haben, die in mühseliger und vorbildlicher Weise, fest auf christlichem Boden stehend, alle diese Gegensätze überbrückten und ausgeglichen, die sie in freier Ansprache und Verständigung ohne jedes Druckmittel, auch ohne das Druckmittel des Fraktionszwanges, überwinden hat, so daß die Zentrumspartei eine Volksgemeinschaft im wahren Sinne des Wortes ist. Es ist also alles Erbaute und gute Tradition des Zentrums bis zur Stunde, was der Präsident des Senats hier verkündet, und darum kann ihm in diesem Zielstreben die Zentrumspartei freudigen Beifall spenden, sie kann dies um so freudiger tun, wenn sie in dem Nationalsozialismus einen mächtigen Bundesgenossen gefunden hat, von dem sie nur hoffen und wünschen kann, daß diese Ideale auch bei allen seinen Mitglidern aus innerer Überzeugung kommen und so fest gegründet sind wie beim Zentrum und seinen Mitglidern.

Einem wesentlichen Teil in der Rede des Präsidenten des Senats bilde das Bekenntnis zum Deutschtum und zum deutschen

Danzig, dabei das Bekenntnis, daß dieser deutsche Charakter Danzigs und seiner Bevölkerung in den vergangenen vierzehn Jahren nicht nur gewahrt, sondern sogar verstärkt worden ist. Auch hier treffen sich seine Gedanken vollkommen mit den unsrigen, denn unentwegt haben wir in diesem Kampfe für unser deutsches Danzig in vorderster Front gestanden. Jede bisherige Danziger Regierung hat in diesem Kampfe in uns einen Vorläufer und treuen Sekundanten gefunden, und von diesem unserem selbstverständlichen Grundgesetz gedenken wir auch in Zukunft

Bekenntnis zum Deutschtum.

keinen Augenblick zu lassen, ihn betrachten wir als eine einfache Selbstverständlichkeit und rühmen uns dieses Kampfes auch nicht. Unser Grundgesetz ist hier: Nicht viel sprechen, dafür aber desto entschiedener handeln. Wir haben nicht nötig, in jedem dritten Satz unser Danksagung zu betonen, viel nötiger ist, im entscheidenden Augenblick entschieden zu handeln, auch wenn es materielle Nachteile im Gefolge hat. Wenn es gilt, für Danzig einzutreten, ein offenes und freies, auch ein kräftiges Wort zu sprechen, das der Wahrheit entspricht, so sind wir niemals feige zurückgewichen — wie es manche heute sich so „national“ gebärdende getan haben —, sondern wir haben entschlossen unsern Mann gestanden und wir können sagen, daß dann unser Wort auch das nötige Gehör gefunden hat. So denken wir es auch in Zukunft zu halten, und da laufen die Wege der Regierung und unsere Wege parallel. Und wenn sie einmal nicht ganz parallel laufen sollten, wenn es einmal ein Wort der Kritik geben sollte, so würde auch diese Kritik doch dem gleichen Ziele zuführen, und eine geschickte Regierung wird auch eine derartige Kritik, die gemäß unserer Grundeinstellung niemals niederbrechend gemeint sein kann, zum Vorteil unseres Staates zu benutzen wissen. Voraussetzung ist vertrauensvolle Zusammenarbeit, wenn man das gleiche Ziel verfolgt. Das aber ist gerade in außerpolitischer Hinsicht der Fall.

Warme, ja herzliche Worte hat der neue Präsident des Senats gefunden für ein friedliches und vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit Polen.

mit Polen, und die beiden politischen Vertreter in unserem Volkstage haben das auch dankbar anerkannt. Auch wir erkennen dies Bekenntnis freudigen Vergnügens an, um so mehr, als eine solche Politik dem Geist und Wesen unserer Partei entspricht und wir in unserem kleinen Danzig keine Machtmittel haben, eine Politik der starken Faust zu treiben. Mit freudigem Optimismus geht der neue Präsident des Senats an dieses außerpolitische Problem, das ich eine Systemarbeit nennen möchte und bei der wir ihm unsere ganze Arbeit zur Verfügung stellen. Herr Dr. Kaufmann ist im Grunde seines Herzens Optimist, wir sind es auch, schon aus unserer Weltanschauung heraus. Aber er wird es verstehen, wenn wir uns als 14-jähriger bitterer Erfahrung heraus in diesem Punkte zu bestimmten geworden sind, daß wir die Überzeugung leidet, daß wir gewinnen müssen, daß auf unserer Seite auch die größte Verständigungsbereitschaft nichts hilft, wie es dies bisher gewesen ist. Vielleicht aber bricht auch da eine Zeit an, die wir herzlich begrüßen würden, an die wir aber bis jetzt noch nicht zu glauben vermögen. Denn bis jetzt ist man der Verständigungsbereitschaft auf unserer Seite nur mit Forderungen nach Aufgabe von Rechten auf der anderen Seite begegnet, man hat — wie der frühere Präsident des Senats, Dr. Sahm, es einmal in einer Senatserklärung ausgedrückt hat — auf polnischer Seite eine do ut des-Politik getrieben, eine Politik des Zug um Zug Gebens und Nehmens, und das kleine Danzig hat bekanntlich nicht viel zu geben. In dieser Politik der Gegenseite scheiterte bisher leider jede Verständigungsbereitschaft, von der jede bisherige Danziger Regierung befehle gewesen ist. Wir erkennen das Bekenntnis zur Friedensbereitschaft dankbar an, es entspricht ganz unserer Gesinnung, aber mit ebenso großem Nachdruck verweisen wir auf die Erklärung des Präsidenten des Senats, daß von Danzigs Rechten und Freiheiten nichts preisgegeben werden darf. Wir erwarten, ja wir sind dessen sicher, daß auch die gegenwärtige Regierung eine ebenso treue Hüterin dieser Güter sein wird wie die eben abgetretene. Mit allem Nachdruck machen wir uns die Worte des Präsidenten des Senats zu eigen: „Alle Bereitwilligkeit Danzigs zu einer Vereinigung der schwachen Fragen mit Polen und zur Herstellung einer friedlichen Atmosphäre findet aber ihre Begrenzung an dem unveräußerlichen Rechte der freien Stadt auf ihren eigenen nationalen Charakter, ihre staatliche Selbstständigkeit und ihre wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit.“

Nicht minder begrüßen wir die Erklärung der Regierung, daß sie sich bekannt zu einer Politik der Achtung der Gesetze und Verträge, wie der unbedingten Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aller Staatsbürger wie der vom Völkerbund geschützten Verfassung. Wir haben allen Grund zu glauben, daß dies Bekenntnis aus innerster Überzeugung gesprochen ist und mit dem ersten Willen, es zu halten, weil dies für unser Danzig eine der elementarsten Notwendigkeiten ist. Dies offene und feierliche Bekenntnis wird von manchem die bange Sorge nehmen in die er gefallen ist, wenn er die Vorgänge drüben im Reich beobachtet hat. Wir hoffen und erwarten, daß dies Versprechen genau eingehalten wird jedem Staatsbürger gegenüber. Wir vom Zentrum haben uns seit jeher besonders auch als „Verfassungspartei“ bezeichnet, um so zum Ausdruck zu bringen, daß wir streng auf dem Boden von Gesetz und Recht und Verfassung stehen und daß wir geradezu eifrig darüber machen, daß diese auch wirklich eingehalten werden. Wer sie untergräbt, der untergräbt damit die Fundamente jeder gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung.

Mit besonderem Nachdruck betont die Regierungserklärung den Gedanken „einer Ordnung sozialer Gerechtigkeit und ständiger Verbundenheit“, sie betont den Entschluß, „den neuen Gedanken sozialer Verbundenheit mit aller Entschiedenheit zum Durchbruch zu verhelfen“. Das sind Gedanken, die der Zentrumspartei besonders nahe liegen, denn ihr ganzes Streben in den 70 Jahren ihres Bestehens ist ja auf soziale Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich, Sorge für die mit den Gütern dieses Lebens besonders karg Bemessenen gewesen. In diesem sozialen Arbeiten hat die Zentrumspartei stets in vorbildlicher Linie gestanden, wird sie weiter stehen, und darum kann die Regierung ihrer tatkräftigen Mitarbeit sicher sein. Freilich muß sie sich bewußt sein, daß sich soziale Gerechtigkeit, soziale und ständige Verbundenheit nicht von oben kommandieren oder auf dem Wege der Verbordnungen „aufgeschaltet“ lassen, sie müssen aus dem Herzen, aus tiefinnerster Überzeugung kommen. Mit dem bloßen Kommandieren und Organisieren und Gleichschalten ist es nicht getan, auch nicht dadurch, daß man Kommissare einsetzt, die nun im Namen und Auftrage der Regierung handeln und äußerlich so den Schein zu erwecken vermögen, als sei nun das ganze Volk einer

Meinung und einer Gesinnung. Das würde eine arge Selbsttäuschung sein, die sich bitter rächen könnte. Im Handumdrehen und auf Kommando läßt sich eine Gesinnung nicht ändern, am wenigsten dann, wenn es sich um den eigenen Selbstbettel handelt. Hier ist erst gründliche Erziehungsarbeit zu leisten, und eine Volksgemeinschaft zu schaffen von unten herauf, nicht von oben durch Kommando.

Gegen Korruption. Wir unterlassen es hier, im einzelnen auf die geplanten, vom Präsidenten des Senats angeordneten wirtschaftlichen Maßnahmen einzugehen, da sie in der dargebotenen Form noch zu wenig greifbar sind, da viele von ihnen vor allem Geldfragen sind, und es von unserer finanziellen Leistungsfähigkeit abhängen wird, was auf dem Gebiete der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit geschehen kann. Jeder irgendwie gangbare Weg muß beschritten werden, und die Zentrumspartei wird freudig dabei sein auch neue Wege zu gehen, die irgendwo zum Ziele führen können.

Auch den Gedanken der Bekämpfung der Korruption begrüßen wir. Es ist ja an sich kein neuer Gedanke, denn der Kampf gegen die Korruption ist bei uns stets geführt worden, unnachlässig soll jeder durch die Gerichte belangt und der verdienten Strafe zugeführt werden, der sich der Korruption schuldig gemacht hat, ganz gleich, wer es ist, welcher Partei er

angehört. Wir sind uns bewußt, daß sich in jedem Stand, in jedem Beruf, in jeder Partei unlaute Elemente einschleichen können, einschleichen haben. Sie soll man bekämpfen, ausmerzen, aber man muß sich auch hüten, ganze Parteien oder Gruppen für derartige Dinge verantwortlich zu machen. Man soll sich aber auch hüten vor Korruptionsrisikorei und Korruptionsgefahr. Was wirklich Korruption ist, soll als solche auch gebrandmarkt und bestraft werden. Aber man soll sich dabei auch hüten, die Dinge aus bloßem parteipolitischen Interesse aufzubauhen, aus der Wut einen Elefanten zu machen, kleine Unachtsamkeiten und Versehen als große Korruptionsfälle anzuprangern. Man soll vor allem derartige Anschuldigungen nicht erheben, bevor die Sache genau und sachmännisch nachgeprüft worden ist. Die Ehre jedes Menschen, auch des politischen Gegners, muß jedem, vor allem den verantwortlichen Männern heilig sein, denn eine in der Öffentlichkeit ausgesprochene Anschuldigung oder Verdächtigung läßt sich nicht wieder abwägen. Gerade nach dieser Richtung haben wir ja in unserem lieben deutschen Mutterlande so gar manches erlebt, und wir hoffen, daß bei uns gerade in diesem Punkte mehr Ruhe und Besonnenheit herrschen wird. Darum begrüßen wir auch die vom Präsidenten des Senats an alle Denunzianten gerichteten Worte: „Es sei von vornherein alles Denunziantentum verworfen. Als unwahr erwiesene Angaben werden ihre strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.“ G. St.

Programmatistische Erklärung der Danziger Regierung

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Die vornehmste Pflicht neben der Deutscherhaltung Danzigs wird es daher für den neuen Senat sein, diesen Gedanken sozialer Gerechtigkeit und wahrhaft verbundener Gemeinschaft eine lebendige Gestalt zu geben.

Alle gesetzgeberischen Maßnahmen und wirtschaftlichen Hilfen werden von diesem fundamentalen Gedanken des Gemeinutzes ausgehen und in die Beziehungen der Volksgenossen einen neuen Gehalt und eine ständige Würde bringen. Er wird die Richtschnur für unser Handeln als Träger des Staates wie als einzelner Staatsbürger sein. Wir wissen, daß in dem Glauben an die Unverbrüchlichkeit dieser neuen sozialen Ordnung als an dem letzten sittlichen Halt der Zusammenbrüche des deutschen Volkes in das Chaos einzig und allein vermieden worden ist. Diesen Glauben unseres Volkes, den es sich aus Not und Enttäuschung, aus Verzweiflung und Zweifel in den bitteren Kämpfen abgerungen hat, enttäuschen, würde bedeuten, daß das deutsche Volk zugrunde gehen müßte.

Der Senat ist daher entschlossen, den neuen Gedanken sozialer Verbundenheit mit aller Entschiedenheit zum Durchbruch zu verhelfen, und er wird rücksichtslos alle Versuche einer Abwendung aus eigenartigen Motiven einzelner Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftsklassen zu begegnen wissen.

Die Einordnung in das Gemeinwohl wird für alle Elemente, die ihr Lebensziel in hemmungslosem Ausleben, in selbsttätigen Masseninteressen oder in einer rücksichtslosen Wirtschaftsbegabung sehen, eine harte Schule bedeuten. Sie wird zum Wohl der Gesamtheit notwendig und heilsam sein.

Eine Front aller auf nationalem Boden stehenden Staatsbürger ist um so notwendiger, als es nicht nur gilt, schwere außerpolitische Aufgaben zu lösen, die einen einheitlichen und geschlossenen Willen der überwältigenden Mehrheit verlangen, sondern auch im Hinblick darauf, daß

die wirtschaftliche Lage Danzigs

nur zu erleichtern ist bei vertrauensvoller Verständigungsbereitschaft aller Erwerbstätigen.

Der neue Senat übernimmt hier ebenfalls eine schwere Verantwortung, wie es seiner Vorgänger tat. Es wird ganz besonderer Maßnahmen, der Pflege und Förderung bedürfen, um eine allmähliche Besserung der Wirtschaft herbeizuführen.

Ob dies gelingt, wird nicht zuletzt an dem Vertrauen liegen, mit dem die Wirtschaft die Maßnahmen des Senats begleiten wird.

In Zeiten derartiger Not können auf dem Gebiet staatlicher wie allgemeiner Aufgaben lebendige Kräfte geweckt und gefördert werden durch

eine Förderung der freien Initiative der einzelnen Persönlichkeiten im Rahmen des Allgemeininteresses.

Der Grundsatz der Selbstverwaltung wird auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen, um ihr Raum und Entwicklungsmöglichkeit für gemeinsame Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Leitung zu geben. Diesem Ziel dient vor allem eine demnach zu begründende

Berufsständekammer

als Zusammenfassung von Wirtschaftskammern der einzelnen Berufsstände. Ihre vornehmste Aufgabe wird sie in einer planmäßigen Förderung der Produktion als dem ersten Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit finden. Daneben wird ihr allerdings die Bedeutung als Instrument der

Überwindung des wirtschaftlichen Klassenkampfes zukommen. Erstmals wird in einer neu zu bildenden Kammer eine Vertretung der Landwirtschaft in einer nach den Richtlinien sozialer Volksgemeinschaft gebildeten neuen Form neben den Mitgliedern der Arbeitgeber und Arbeitgeber als gleichberechtigter Faktor auch der Arbeiter seine gesellschaftliche Vertretung im gesamten Stand finden. Die anderen Berufsstände werden in dieser Neuordnung folgen. Dabei wird die neue Arbeitsfront aller Erwerbstätigen in ihren drei Erwerbsformen: Arbeitgeber, Angestellter und Arbeiter in der gemeinsamen Hilfestellung der neuen sozialen Verbundenheit Ausdruck verschaffen und durch geeignete Erziehung die ständige Durchdringung dieser verbündeten Gemeinschaft gewährleistet.

Diesem höchsten Ziel einer lebendigen Volksgemeinschaft gilt auch

ihre einfachste und urtümlichste Form als Handarbeit zu adeln, als der Voraussetzung aller Kultur und gesellschaftlichen Ordnung. Unter dem Zeichen dieses Dienstes wird die Jugend ihre Erziehung zur Unterordnung im Interesse des Staates erfahren. Neben dieser vornehmlich sittlichen Aufgabe wird dem Arbeitsdienst auch die der Verringerung der Arbeitslosigkeit zukommen.

In der Beseitigung der Arbeitslosigkeit erblickt der Senat eine weitere große und unaufschiebbare Aufgabe.

Der Senat wird durch eine Reihe von unmittelbaren, von ihm im Auftrag gegebenen Arbeiten im öffentlichen Interesse, insbesondere in landwirtschaftlichen Meliorationen, im Straßenbau, im Rahmen des finanziell äußerlich Möglichen der Arbeitslosigkeit unmittelbar zu steuern versuchen,

Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes, Ausgleich besonderer Steuerhürden und eine Reihe kreditpolitischer Maßnahmen werden weiterhin im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Berufsständekammer die Aufgabe haben, von mehreren Seiten an das Problem der Arbeitsbeschaffung heranzutreten.

Maßnahmen zur Entschärfung sollen, bei der Landwirtschaft beginnend, die Kaufkraft fördern, die sich bei dem außerordentlichen Warenhunger der Landwirtschaft wie des Mittelstandes in einem vermehrten Umfange bei den städtischen Gewerbe- und Handelsbetrieben werden auswirken können. Eine Verbilligung lebenswichtiger Produktionsmittel, insbesondere eine neue Tarifpolitik in der Belieferung mit

Strom und Gas, ähnliche Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrs, sollen weitere Erleichterungen für die Produktion und die Gesamtlage der Erwerbstätigen bilden. Dabei wird den Unterhaltungssempfängern und Fürsorgeberechtigten eine Gleichstellung ihrer Bezüge gegenüber dem Reich gewährt werden.

Angesichts des Umfanges und der Schwere der allgemeinen Not und der Unmöglichkeit, eine sofortige Hilfe für alle Notleidenden zu erzielen, wird es die selbstverständliche Pflicht aller noch ein Einkommen besitzender Staatsbürger sein, den Staat in der Behebung der Arbeitsnot in jeder Weise zu unterstützen.

Zeiten des Wohlstandes mögen die Höhe der Einkommen nicht begrenzen.

In Zeiten der Not ist es unethisch, das Vielfache des Jahreseinkommens einer Arbeiterfamilie in einem Monat zu verbrauchen.

Mögliche schwere Erschütterungen und der kommende Winter werden große Opfer zur Behebung der Not verlangen. In einem Staat nationaler Erhebung darf es hungernde Volksgenossen nicht mehr geben.

Sanfterheit und Einfachheit

werden vornehmstes Gebot sein sowohl in den Formen der Geselligkeit, die einen neuen, dem Ernst der Zeit entsprechenden anspruchslosen Charakter annehmen werden, als auch in der öffentlichen Verwaltung.

Dieser Geist der Sparamkeit, der Einfachheit und der Arbeitsamkeit wird und muß das Gehege der staat-

lichen und städtischen Verwaltung vereinfachen. Der Senat beabsichtigt in diesem Sinne eine Verwaltungsreform, die jedoch eingehender Vorbereitungen bedarf. In diesem Zusammenhang ergibt sich auch die Notwendigkeit,

die Korruption und die Ausnutzung wirtschaftlicher Machtpositionen rücksichtslos zu bekämpfen.

Der Senat beabsichtigt die Einrichtung einer entsprechenden Untersuchungskommission. Dabei sei jedoch von vornherein alles Denunziantentum verworfen. Als unwahr erwiesene Angaben werden ihre strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Das Berufsbeamtentum wird in der Anerkennung seiner Bedeutung für den Staat eine innere Kräftigung erfahren.

Der Senat erwartet aber im neuen Geist bei allen Beamten eine willige Durchführung der geplanten Reformen und der vermehrten Arbeitsaufgaben.

Um diese reibungslos und in der durch den allgemeinen Notstand bedingten notwendigen Beschleunigung durchzuführen zu können, legt der Senat dem Volkstage ein einfaches

Ermächtigungsgesetz

vor.

Vordringlich ist dabei die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Mit großer Besorgnis mußte der Senat die wachsenden Unruhen und Drohungen aller möglichen terroristischen Elemente feststellen, die nachgerade zu einer ernsten Gefahr für den Staat werden. Der Senat ist entschlossen, diesen Unruhen mit aller Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten. Er wird zu diesem Zwecke als erste Maßnahme auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung zur Bekämpfung von Staats- und gesellschaftsfeindlichen Unruhen vorlegen.

Alle Elemente, die glauben, durch eine getarnte Politik von mehr oder minder an den Randverrat grenzender Verleumdung und böswilliger Kritik die geschlossene Einheit des nationalen Danzig anzugreifen, seien ein letztes Mal gewarnt.

Die Absicht, durch Provokationen staatlicher Maßnahmen gegen sich zu erzwingen, um diese als Entschuldigungs- und ungeheuerlichen Terror hinzustellen, ist so augenscheinlich, daß sie nicht gelingen wird. Kein Staat kann sich derartige Unruhen gefallen lassen, die die Autorität zerschütten und die Sicherheit gefährden. Die Mahnung zur Ruhe und Ordnung gilt allen Kreisen der Bevölkerung.

Pflege der deutschen Kultur.

Deutsch zu sein und zu führen, zu arbeiten und zu glauben, zu gestalten und zu ordnen, das ist unsere Aufgabe. So steht im Mittelpunkt unserer Arbeit die Pflege unserer deutschen Kultur. Für zu dienen, werden keine Opfer zu groß sein. Ihrer vertieften Aneignung die Wege zu bereiten in Erziehung und Unterricht, in Kunst und Wissenschaft, wird die vierte der großen Aufgaben des Senats sein. Keiner Bildung im Sinne einer Aneignung von Wissensselementen werden die Anstrengungen zu gelten haben, sondern die Erziehung zum deutschen Charakter in den Formen natürlich-geordneter organischer Gemeinschaft, vom Berufsstand, von der Heimat, von der Weltanschauung her.

Den neuen deutschen Menschen zu bilden.

der nicht mehr an der Vielheit seines Wissens die Unwirklichkeit und Relativität aller Werte erlebt, sondern der sich zu den unvergänglichen und unerfahrbaren Werten deutschen Blutes, deutscher Geschichte, deutschen Geistes als den unumstößlichen Normen des Willens bekennt und sich als ein verantwortungsbewusstes Glied des Volkes und der Rasse der Geschlechter aus der Vergangenheit in die Zukunft anstellt, Blut und Boden verbunden, Heimatgemurzel, kein Fremdling, sondern ein Tüchtiger, dem diese Welt nicht fremd ist. In diesem Zusammenhang glaubte der Senat auch in Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, der Bevölkerungspolitik und Gesundheitspflege als einer der Hauptaufgaben der neuen Staatsführung dadurch sichtbaren Ausdruck zu geben, daß er eine besondere Senatsstelle hierfür schuf.

Und nun zur praktischen Arbeit, zur Tat.

Nicht zurückgekehrt, vorwärts muß der sehen, der gerade Furchen pflügen soll.

Das Gelingen liegt nicht nur in unserer Hand. Ohne Gott wären wir nichts. Ihm zu vertrauen, daß er seine Hilfe in unser Mühen leitet, ist unser Mut. Was unser am Gelingen ist, das sind zäher Wille, unbegrenzte Beharrlichkeit und nimmermüde Arbeitsfreudigkeit. Alles mag uns mißlingen. Zweierlei aber ist in unsere Hand gegeben:

Daß Danzig deutsch bleibt und daß wir eine einzige unzertrennbare einander verpflichtete Schicksalsgemeinschaft werden. In diesem Sinne gehen wir an unser Werk, nicht fäumig, aber auch nicht unbesonnen.

Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Wichtige Gesetze auf der Kabinettsitzung.

Berlin. Eine besondere Rolle spielte in der Freitag-Kabinettsitzung ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. In diesem Gesetz wird u. a. bestimmt, daß zur Vereinfachung der Verwaltung oder im Interesse des Dienstes Beamte in den Ruhestand versetzt werden können, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Werden Beamte aus diesen Gründen in den Ruhestand versetzt, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden. Auf Wahlbeamte der Gemeinde und auf leitende Gemeindebeamte, die im Interesse des Dienstes in den Ruhestand versetzt werden, findet die Bestimmung, daß ihre Stellen nicht mehr besetzt werden dürfen, keine Anwendung. Die Verfügungen müssen bis spätestens am 31. März 1934 zugestellt sein.

Ferner wurde in der Kabinettsitzung der Entwurf eines Gesetzes über

die Aufhebung der im Kampfe für die nationale Erhebung erlassenen Dienststrafen und sonstige Maßregelungen

verabschiedet. Das Gesetz befaßt u. a.: Soweit für Handlungen oder Unterlassungen, die im Kampfe für die nationale Erhebung des deutschen Volkes vor dem 21. März 1933 begangen sind, Dienststrafen verhängt worden sind, werden sie nach Maßgabe

der nachfolgenden Bestimmungen aufgehoben. Wegen gleicher Handlungen oder Unterlassungen anhängige Verfahren werden eingestellt. In den Personalakten sind die Vermerke über die genannten Dienststrafen zu streichen. Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und Stellvertretungskosten, die der Beamte bezahlt hat, sind zurückzugeben. Strafverurteilungen gelten als ordentliche Versetzungen. Beträge, die sich infolge einer als Strafe verhängten Verminderung des Dienstentkommens ergeben, sind nachzugeben. Beamte, die mit Dienstentlassung bestraft worden sind, haben von dem Zeitpunkt ihrer Entlassung an rückwirkend die rechtliche Stellung eines beurlaubten Beamten.

In der Begründung zu dem Gesetz wird darauf hingewiesen, daß das von den früheren Regierungen an Beamten wegen ihres Eintritts für die nationale Erhebung begangene Unrecht unbedingt wieder gutgemacht werden muß und daß die zur Be- strafung führenden Vergehen kein dienstwidriges Verhalten darstellen. Das Gesetz ist erlassen worden, weil die Amnestie vom 21. März diese Vergehen außer acht ließ; es ist erlassen worden, um alle diese Beamten reiflos zu rehabilitieren.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß vielfach bei Strafverurteilungen die Rückfälle des Beamten in seine frühere Stellung nicht durchführbar ist und übermäßig hohe Kosten verursachen würde.

Senator a. D. Abg. Kurowski

Des Zentrums Stellung zu Danzigs neuer Regierung und zum Ermächtigungsgesetz

In der gestrigen Sitzung des Volkstages legte Abgeordneter Kurowski den Standpunkt des Zentrums zur neuen Regierung und zu den Ausführungen des Präsidenten des Senats folgendermaßen dar:

Der Herr Präsident des Senats hat in seiner Erklärung ehe er auf die von ihm in doppelter Hinsicht gekennzeichnete Auswirkung der Wahl vom 28. Mai dieses Jahres einging,

eine kurze Skizze der Entwicklung

gegeben, der mit dem Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung ein Ziel gesetzt ist. Wenn ich die Entwicklung der Dinge bezüglich Danzig mit ein paar kurzen Worten skizzieren darf, so ist zusammenfassend zu sagen, daß wir hier, völlig auf uns eingestellt, umgeben von Nachbarn, die nicht gerade freundlich gesinnt waren, ein Staatsgebilde übernahmen, das nicht um seiner selbst willen geschaffen war, sondern zu einem Zweck, der in erster Linie außerhalb unseres nationalen, politischen und auch wirtschaftlichen Interesses lag und

daß es gelungen ist, dieses Staatswesen zu erhalten und gerade in der Zeit des nunmehr abgetretenen Senats unter Führung unseres hochverehrten Herrn Dr. Ziemer die schwerste Krise zu überwinden und diesem Staatswesen in seiner ideellen Einstellung noch erheblich zu stärken.

Das dürfte nur Anerkennung erheischen; und von diesem Gesichtspunkt sind wir stolz darauf, daß wir von der Zentrumspartei in allen Jahren dieser Arbeit unsere Kraft zur Verfügung stellen konnten.

Der Herr Präsident des Senats hat nun in seiner Erklärung als Ergebnis der Wahl vom 28. Mai zwei Hauptfolgerungen hervor.

Als erste nennt er

den vollen Erfolg des deutschen Gedankens

und knüpft daran Erörterungen über die Beziehungen unseres Staates zu den anderen Staaten, insbesondere der mit uns durch wirtschaftliche Bande verknüpften Republik Polen. Auch wir möchten mit besonderer Genugung diesen großen Erfolg feststellen, und wir können es um so lieber tun, weil wir wissen,

daß ein großer Teil dieses Erfolges der Partei zu danken ist, die ich hier heute vor Ihnen zu vertreten die Ehre habe.

Es ist dies wirklich keine Vermessenheit von uns, wenn wir diesen Erfolg nennen, sondern eine nicht zu bestreitende Tatsache. Wer die Auseinandersetzungen in unserer Presse über diese Fragen aufmerksam verfolgt hat und die Reaktion auf der anderen Seite, wird dies bestätigen.

Dies ist uns gegenüber auch wiederholt von autoritativer Seite und sachkundigen Persönlichkeiten, die Ihnen, meine Herren von der nationalsozialistischen Partei, heute sehr nahe stehen, anerkennend bestätigt worden.

Die Linie, die der Herr Präsident für das weitere Verhalten mit unserer Nachbarrepublik Polen zeichnet, nämlich durch unmittelbare Verhandlung eine Vereinfachung der gesamten schwebenden Fragen zu versuchen, andererseits mit Entschlossenheit die nationalen Rechte Danzigs zu verteidigen, ist von uns immer verfolgt worden. Es ist also nur in diesem Sinne weiter zu handeln. Wir wollen hoffen, daß die gegenseitige Einsicht der Vertragsparteien sich durchsetzt und zu besseren Ergebnissen führt als es bisher hat geschehen können.

Wenn der Herr Präsident des Senats in diesem Zusammenhang von dem neuen Senat spricht und hervorhebt, daß dieser sich zu einer

Politik des Friedens und der Vertragstreue,

der Achtung der Gesetze und Verträge, wie der unbedingten Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aller Staatsbürger und der vom Völkerbund geschützten Verfassung als der Garantie des Friedens bekundet, so kann er versichert sein, daß wir mit ihm wachsame Hüter sein werden und daß er in der Befolgung dieses Versprechens bei uns seine treuesten Anhänger finden wird. Gerade das Hervorheben dieser Tatsache ist geeignet, die Hoffnung auf ein gedeiliches Zusammenarbeiten mit ihm zu stärken. Ein Abweichen von dieser Linie wäre für uns und für den Staat untragbar.

Die zweite Hauptfolgerung, die der Präsident in seiner Erklärung aus den Wahlen vom 28. Mai zieht, ist

die Durchsetzung des nationalsozialistischen Gedankens,

indem er dann weiterhin ein Programm aufstellt, das die Hauptmerkmale des Wollens der gegenwärtigen Regierung ergibt.

Wir wären töricht, wenn wir den zweifellosen Erfolg der nationalsozialistischen Partei nicht anerkennen wollten, wobei natürlich in Erwägung zu ziehen ist, was man auf dieser Seite zu erreichen gehofft und was tatsächlich erreicht worden ist. Wir wären auch keine Realpolitiker, wenn wir uns nicht bemühen sollten, den Geist dieser bedeutenden Bewegung zu erfassen und das, was wir als gut erkennen, zu fördern. Sie betont in starkem Maße das Nationale, die Abkehr vom Individualismus und die Pflege der Volksgemeinschaft in umfassendsten Sinne.

Die Liebe zum Vaterland und zum Volk ist für uns nicht nur nationale, sondern auch religiöse Pflicht.

Ich darf da auf eine Stelle des gemeinsamen Hirtenbriefes der deutschen Bischöfe aus der ersten Hälfte des Juni hinweisen, die darüber folgendes sagt:

Wir deutschen Katholiken brauchen deswegen auch keine Neueinstellung dem Volk und Vaterland gegenüber, sondern legen höchstens bewußter und betonter fort, was wir bisher schon als unsere natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten.

Ich möchte diesen Hirtenbrief, der von einem Aleropag weiser und pflichtbewußter Männer abgefaßt ist und der so zahlreiche Bekenntnisse zur heutigen Zeitlage enthält, die magna charta der deutschen Katholiken nennen.

Auch unser hochverehrter politischer Führer im Reich, Dr. Brüning, hatte die Bedeutung Ihrer Bewegung längst erkannt und immer wieder den Versuch unternommen, gemeinsam mit Ihnen dem Vaterland zu dienen. Daß es ihm nicht gelungen ist, dies zu erreichen, und daß in weiterer Folge der Ereignisse eine Partei wie die des Zentrums in ihrer eignen Form nicht an der Aufbauarbeit im deutschen Vaterlande teilnehmen will, ist nur als Tatsache festzustellen. Sie, meine Herren von der nationalsozialistischen Partei, sind hier einen anderen Weg gegangen. Sie haben, wie neulich ein Redner in diesem Saale festgestellt hat, zum ersten Mal in der Geschichte des Danziger Parlaments allein die Mehrheit zur Regierung erlangt. Sie hätten sicher auch nicht die alleinige Verantwortung gelehrt. Sie haben aber meine Partei zur Mitarbeit herangezogen. Diese hat ihre Bereitwilligkeit erklärt und ist in die Regierung eingetreten.

Es ist auf Ihrer Seite gesagt worden, daß es sich bei dieser Regierungsbildung nicht um eine Revolution im bisherigen Sinne handeln könne. Das ist in gewissem Umfange zweifellos richtig. Sie haben allein die regierungsfähige Mehrheit und sind jederzeit in der Lage, die Regierung allein zu bilden; das unterscheidet diese Regierung von früheren Regierungen. Wir verkennen auch nicht, daß die Handlungen der gegenwärtigen Regierung naturgemäß die Prägung der ausschlaggebenden Partei haben werden.

Wenn aber eine Partei wie die meine, die in 70 Jahren trotz vieler Anfechtungen aus allen anderen Lagern nach Abschüttelung einiger Konjunkturanhänger, wie sie alle Parteien haben, gefestigter dasteht denn je, die das Bewußtsein hat, daß sie diese Festigkeit der sie beherrschenden Idee, der klaren Einsicht ihrer Führer und dem politischen Verständnis ihrer Anhänger verdankt, sich Ihnen angeschlossen hat, so hat sie in dem Bewußtsein getan, daß sie nicht nur zur Gefolgschaft der regierenden Partei gehören will, sondern daß sie Mitarbeiter werden will im besten Sinn des Wortes und mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Daß es nicht gelungen ist, auch die Mitglieder der Deutschnationalen Partei zu dieser Mitarbeit heranzuziehen, bedauern wir außerordentlich. Wir vermögen nicht, die Gründe objektiv zu beurteilen, die dies verhindert haben.

Bei

Erörterung der innerpolitischen Aufgaben

ist der Herr Präsident auf die wirtschaftliche Lage und die beschaffenden Maßnahmen zu sprechen gekommen. Soweit die Vorschläge darauf hinauslaufen, die erwerbsfähigen Volksgenossen einander näher zu bringen und in übereinstimmender Arbeit mitwirken zu lassen an der Lösung dieser Fragen, begegnet die Regierung nur unseren Wünschen, die ja immer darauf hinauslaufen, einen sozialen Ausgleich zu fördern, wo eine Förderung nur möglich war. Soweit es sich aber um Fragen rein wirtschaftlicher Natur handelt, so empfehlen wir, diese neuen Wege nur zu gehen, wenn sich die Auswirkung mit gewisser Sicherheit übersehen läßt.

Man soll sich nicht scheuen, neue Wege zu gehen, aber man soll sich auch hüten vor Experimenten.

Der Herr Präsident nennt dann als weitere unverzüglich zu erledigende Aufgabe die Einrichtung des staatlichen Arbeitsdienstes, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Maßnahmen zur Entschuldung, erwähnt auch die Anerkennung des Berufsbeamtenums usw.

Es erübrigt sich, zu den einzelnen Fragen näher Stellung zu nehmen, das würde im Rahmen dieser Erklärung zu weit führen. Zur Lösung dieser Fragen hat schon der zurückgetretene Senat beachtliche Anlässe gemacht, auf die weiter zu bauen wir empfehlen.

Durch Durchführung aller dieser Maßnahmen verlangt die Regierung ein

Ermächtigungsgesetz,

dessen Entwurf bereits vorgelegt ist und das in erster Lesung zur Erörterung steht. Der Umfang dieses Gesetzes ist ein außerordentlich umfassender. Wenn man die Aufzählung der einzelnen Punkte durchsieht, fragt man sich, ob für das gesetzgebende Organ, den Volkstag, überhaupt noch etwas übrig bleibt. Die Beantwortung dieser Frage ist von Bedeutung für die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes. Eine Fassung, die nicht gerade ausdrücklich eine allgemeine ist, aber durch die Vielseitigkeit im einzelnen an eine allgemeine herankommt, ist gegen die Verfassung, denn sie hebt die Gesetzmäßigkeit des Volkstages auf. Diese Frage wird also noch zu prüfen sein.

Im übrigen werden wir einem Ermächtigungsgesetz unsere Zustimmung, wenn auch schweren Herzens, nicht versagen.

Wir sind heute noch Vertreter des parlamentarischen Prinzips.

Und wenn nicht die Parteien, für die gerade die Plattform des Parlaments das Forum gewesen wäre, vor dem sie ihre Rechte geltend machen und verteidigen könnten, das Parlament durch die hemmungslose und minderwertige Ausnutzung der parlamentarischen Regeln und durch ihr unvernünftiges und parteimäßig verranntes Verhalten in der Opposition heruntergewirtschaftet hätten, würde das Parlament auch heute noch ein anderes Ansehen haben und eine durchaus zu bevorzugende Gestalt im öffentlichen Lebens sein. Diese Tatsache aber und der Umstand, daß

Finanzsenator Dr. Hoppenrath

Danzigs neues Ermächtigungsgesetz

In der gestrigen Volkstagsitzung führte Finanzsenator Dr. Hoppenrath zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes aus:

In der gestrigen Volkstagsitzung führte Finanzsenator Dr. Hoppenrath zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes aus:

Der Präsident des Senats hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Regierung zur Durchführung ihrer Pläne und zur Behebung der Not von Volk und Staat, wie schon der Titel des Gesetzes es sagt, ein Ermächtigungsgesetz für notwendig hält, zu dem ich einige kurze Erläuterungen geben möchte.

Wenn Volk und Staat in Not sind, dann ist es Pflicht der Regierung, alle Maßnahmen zu ergreifen um dieser Not abzuhelfen.

Sowohl in Danzig als auch im Deutschen Reich und in anderen Ländern hat es sich erwiesen, daß in solchen Notzeiten der ordentliche Weg der Gesetzgebung sehr häufig nicht mehr gegangen werden kann. Schnellste Entscheidungen sind notwendig, für die der normale Weg der Gesetzgebung und die Eigenheiten und Fehler eines parlamentarischen Systems nicht mehr am Platze sind. Für Danzig ist ein solches Ermächtigungsgesetz ganz besonders notwendig, weil wir hier kein Notverordnungsrecht haben wie z. B. im Deutschen Reich. Ein solches Ermächtigungsgesetz ist also notwendig. Es ist aber auch

verfassungsmäßig zulässig.

Der Streit, der darüber früher herrschte, kann als abgeschlossen gelten. Die Scheingründe, die man früher gegen ein solches Ermächtigungsgesetz anführte, ziehen nicht mehr, nachdem diejenigen, die sie anzuwenden für richtig hielten, sich selbst zur Notwendigkeit eines solchen Gesetzes bereits im verwichenen Kämmerlein der Fraktionszimmer bekannt haben. Da die Regierung die Geschäfte des Staates in planvoller, zielbewusster Aufbauarbeit führen will, muß das Ermächtigungsgesetz

eine große Anzahl

von Gebieten zu regeln bemüht sein, von Gebieten, die durch die durchgreifenden Maßnahmen der Regierung nach allen Richtungen hin erfasst werden sollen, oder erfasst werden können. Trotz dieser umfangreichen Regelung bietet die wirtschaftliche und politische Entwicklung dem Parlament noch Möglichkeiten genug zur parlamentarischen Betätigung, falls dieses für notwendig gehalten wird.

Ob und wann der große Rahmen dieses Ermächtigungsgesetzes sofort oder später ganz oder teilweise ausgefüllt werden wird, wird durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung bedingt sein.

Das vorliegende Gesetz will nur die Gebiete regeln, die der einfachen Gesetzgebung unterliegen. Es ist daher selbst als ein einfaches Gesetz also ohne die für ein verfassungs-

in Zeiten der Not schnelles Handeln erforderlich, nötigt uns, von den üblichen Formen der Erledigung der Parlamentsgeschäfte abzugehen und uns mit einer repräsentativen Demokratie zu begnügen — diese Bezeichnung ist hier einmal erfolgt — d. h. durch teilweise Übertragung der Machtbefugnisse der Parlamentsmehrheit auf die diese Mehrheit repräsentierende Regierung.

Es würde uns freuen, wenn alsbald Verordnungen herauskommen würden, die sich auf das Gebiete beziehen, auf welchem wir bisher beinahe die alleinigen Auser im Streite waren,

das ist das kulturelle Gebiet, insbesondere Kirche und Schule. Mit den Widerständen der liberalen Kreise und besonders der liberalen Lehrerschaft ist ja nicht mehr zu rechnen, sie sind in ein anderes Lager übergegangen und haben sich zu einer anderen Anschauung bekehrt.

So hoffen wir, daß die Arbeit der gegenwärtigen Regierung sich in einer Weise entwickeln möge, der wir gern unsere Mitarbeit leihen. Wir tun es, ohne viel Aufhebens davon zu machen, wir bitten um Verständnis dafür, daß wir unseren Weg geradeaus losgehen. Vielleicht ist das ein äußerer Fehler, aber wir wollen uns damit abfinden.

Die Führung der Regierung wird eine sehr schwere sein.

Sie ist in Danzig deshalb so schwer, weil dieses subtil in sich nicht geschlossene Staatswesen von Faktoren abhängt, auf deren Leitung wir nicht den geringsten Einfluß haben.

Die Zentrumspartei wird aber bisher ihre Pflicht tun zum Wohle der Freien Stadt Danzig und unseres Deutschen Vaterlandes.

änderndes Gesetz vorgelegene Form und Mehrheit zulässig. Es umgrenzt seinen Geltungsbereich genau, und zwar in zweifacher Hinsicht.

Umgrenzung.

1. Der § 2 stellt klare und allgemeine Voraussetzungen auf, die erfüllt sein müssen; es sind deren sieben. Der Senat darf von dem Ermächtigungsgesetz nur Gebrauch machen, wenn mindestens eine dieser Voraussetzungen vorliegt, also zum Zweck

- a) der Aufrechterhaltung der Ordnung der Finanzen des Staates, der Gemeinden und der Gemeindeverbände sowie der öffentlich-rechtlichen Verbände,
- b) der Behebung finanzieller, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder politischer Notstände,
- c) der Erzielung von Erparnissen,
- d) der Anpassung an die rechtliche Regelung in den Nachbarstaaten,
- e) der Aufrechterhaltung und des Ausbaues der öffentlichen Ordnung und Sicherheit,
- f) der Vereinfachung und Orientierung der Verwaltung und der Rechtspflege,
- g) der Behebung der Arbeitslosigkeit.

Der § 2 bestimmt dann weiterhin die Gebiete, bei denen die Regelung durch die Ermächtigungsvorordnung erfolgen darf, wenn die Voraussetzungen des § 2 vorliegen. Durch diese doppelte Ausgrenzung von Bedingungen ist die begreiflich zur Gütigkeit des Ermächtigungsgesetzes erforderliche scharfe Umgrenzung gegeben. Hinzu kommt noch,

daß die Regierung als Hüterin der Verfassung selbstverständlich in jedem einzelnen Anwendungsfall, also bei jeder einzeln zu erlassenden Verordnung, erneut prüfen wird, ob die Grenze der Verfassungsmäßigkeit für die betreffende Verordnung gewahrt ist.

Auf die einzelnen Gebiete, die in § 1 geregelt sind, möchte ich hier nicht weiter eingehen. Das bleibt zurecht der Verantwortung im Ausmaß überlassen. Ich möchte hier als eine Art Programmpunkt der Regierung nur sagen: daß

der Boden für wirtschaftliche Experimente in Danzig viel zu gefährlich ist und daß die Regierung gerade hier in Danzig der Verfassung und den Gesetzen der Wirtschaft, die sich nicht auf den Kopf stellen lassen, ebenso Rechnung tragen wird wie sie die ihr völkerrechtlich auferlegten Verpflichtungen und die daraufhin geschlossenen Verträge halten und achten wird.

Zu den weiteren allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes ist zu sagen, daß die Erfahrungen, die mit den früheren Ermächtigungsgesetzen gemacht sind, hier verwertet worden sind. Es ist in § 3 wie bisher bestimmt, daß die erlassenen Verordnungen dem Volkstag zur Kenntnis zu bringen sind und

daß sie vom Senat aufzuheben sind, wenn und soweit der Volkstag es verlangt.

Damit begnügten sich die früheren Bestimmungen und ließen unsicher, wenn eine solche Aufhebung in Kraft tritt und welche Wirkung die Aufhebung nach sich zieht. Jetzt ist in dem letzten Satz des § 3 gesagt, daß die Aufhebung erst mit dem Zeitpunkt ihres Auspruches einsetzt, so daß sich Lückenlos an den Zustand, wie er durch die Ermächtigungsvorordnung geregelt ist, nimmere der Zustand der Auflösung anschließt. Es konnte bisher zweifelhaft sein, ob durch Aufhebung der Ermächtigungsvorordnung das betreffende Gebiet nimmere überhaupt einer Regelung entbehrte, also ein ungeregelter Zustand eintrat oder ob die alte Rechtslage, die vor Erlass der Ermächtigungsvorordnung bestanden hatte, wieder auslebte. Das vorliegende Gesetz hat sich für die zweite Möglichkeit entschieden. Neu ist die Bestimmung, daß der Volkstag den Anspruch, die Aufhebung einer Ermächtigungsvorordnung zu verlangen, nicht für alle Zeit und für unbestimmte Zeit behalten solle, sondern diesen Anspruch für eine angemessene Frist nach Erlass und Bekanntwerden der Ermächtigungsvorordnung haben dürfe. Der Senat war der Auffassung, daß bei zeitlich unbegrenzter Aufhebungsmöglichkeit das Volk das Gefühl der Unsicherheit, ob die Regelung von Bestand sei oder nicht, nicht haben darf. Das Volk kann eine sichere Rechtsgrundlage verlangen, auf die es sich verlassen kann und mit der es beim Aufbau und Ausbau seiner Maßnahmen zuverlässig rechnen kann.

Hinsichtlich der

Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes und seiner Dauer

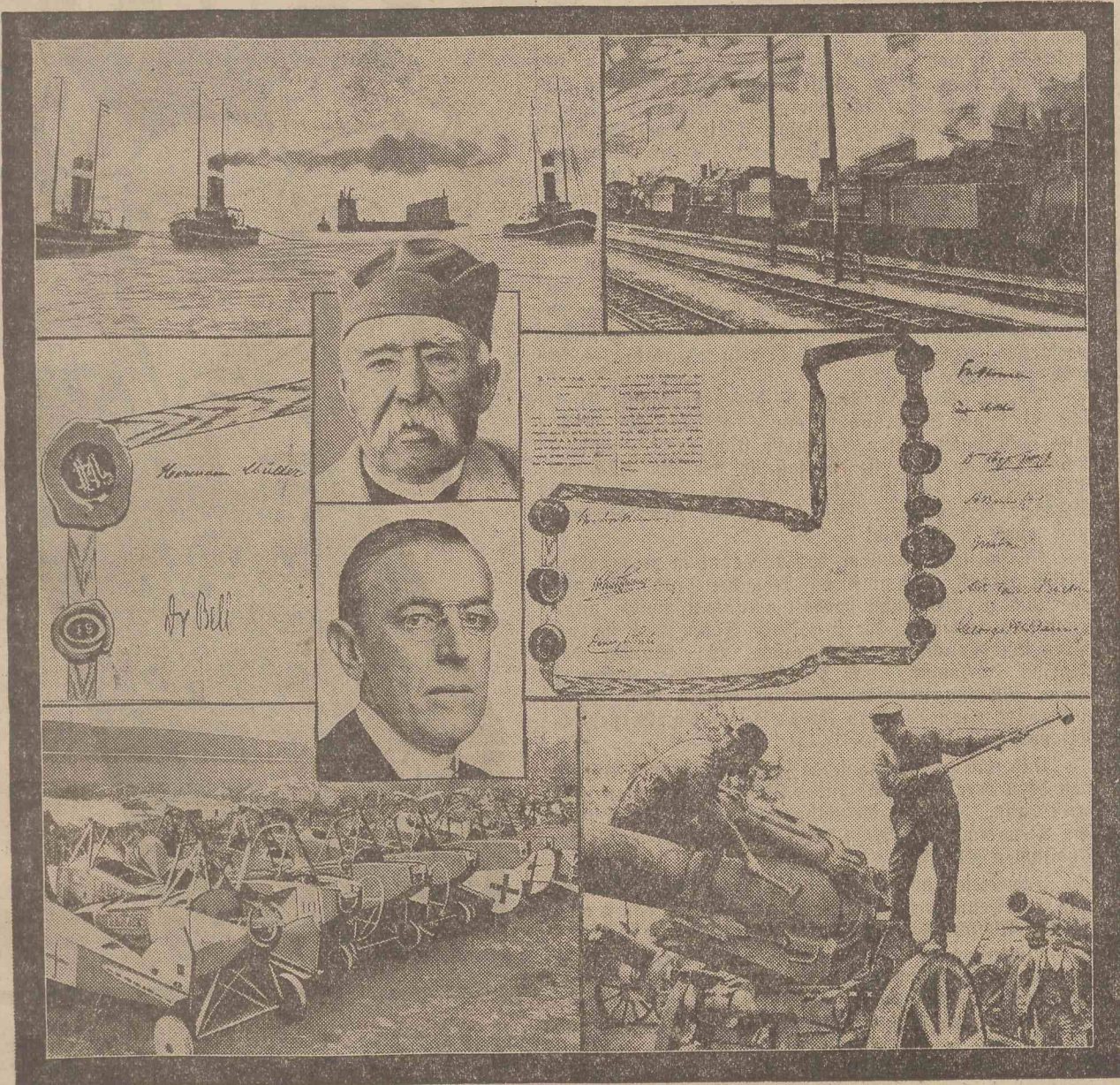
enthält § 4 klare Bestimmungen. Notwendig war nur hier,



Ein Dokument der amerikanischen Wirtschaftsnot.

Da die Verkehrsmittel in der amerikanischen Stadt Chicago seit Monaten nicht mehr regelmäßig Gehalt bekommen haben, veranstalteten sie kürzlich einen Demonstrationsschritt, durch den der Verkehr der Stadt zum großen Teil lahmgelegt wurde. Auf mitgeführten Transparenten wiesen sie auf ihre Not hin. Ob jedoch dieser Verweigerungsschritt einen Erfolg gebracht hat, ist zu bezweifeln — denn wenn der Stadtfriede leer ist, nützen auch alle Demonstrationen nichts.

(Fortsetzung folgt).



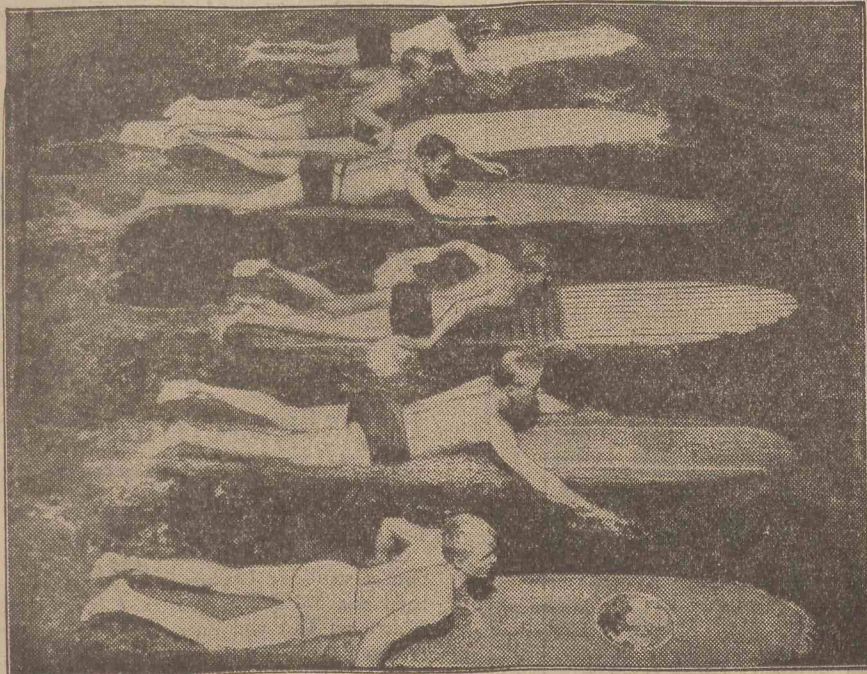
Versailles . . .

Am 28. Juni führt sich wieder der Tag, an dem das Diktat von Versailles unterschrieben wurde. In unserer Bildserie zeigen wir die „Väter“ dieses unumschlichteten aller „Friedens“-Diktate der Weltgeschichte: (Mitte oben) den französischen Staatspräsidenten Clemenceau und den amerikanischen Präsidenten Wilson (Mitte unten), sowie (Mitte rechts) die ersten Unterschriften unter dem Vertragsdokument und die Bestätigungen der deutschen Vertreter (Mitte links). Auf den anderen Aufnahmen sehen wir einige wenige der für Deutschland furchtbaren Folgen des Diktates: (oben, von links) die Ablieferung eines großen deutschen Schwimmbods auf Reparationskosten an England — lange Züge deutscher Lokomotiven rollten für immer nach Frankreich — (unten, von links) tausende deutscher Militärflugzeuge mußten vernichtet werden — deutsche Arbeiter mußten auch die letzten deutschen Geschütze vernichten, so daß heute noch Deutschland einer Welt von Waffen wehrlos gegenübersteht.



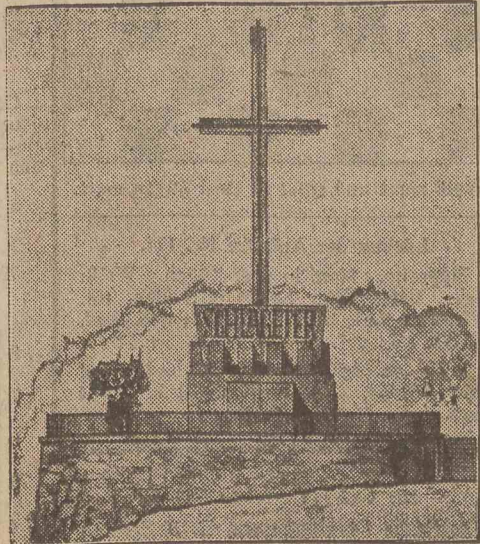
Eine Marke zur Wiener Briefmarken-Ausstellung.

Anlässlich der bevorstehenden Internationalen Ausstellung der Philatelie in Wien wurde diese Briefmarke geschaffen, deren Motiv einer Radierung von Moritz v. Schwind entnommen ist.



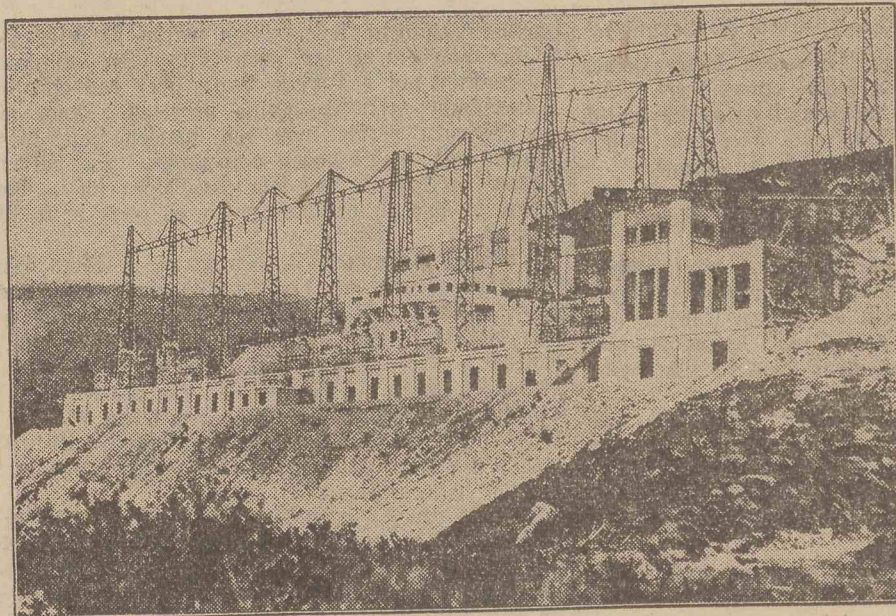
Ein neuer Sport aus Amerika.

Auf diesen einfachen Brettern, wie sie die Eingeborenen von Hawaii zum Wellenreiten benutzten, trägt man neuerdings in Kalifornien regelrechte Wettkämpfe aus. Da man sich hierbei mittels der Hände fortbewegen muß, wird dieser Sport auch als vorzügliche Übung für Schwimmer angesehen.



Dieses Schlageter-Denkmal wird an der Porta Westfalica errichtet.

Am nächsten Sonntag wird bei Minden, gegenüber dem Salberg an der Porta Westfalica der Grundstein zu einem Schlageter-Gedenkmal gelegt, dessen Entwurf wir hier wiedergeben.



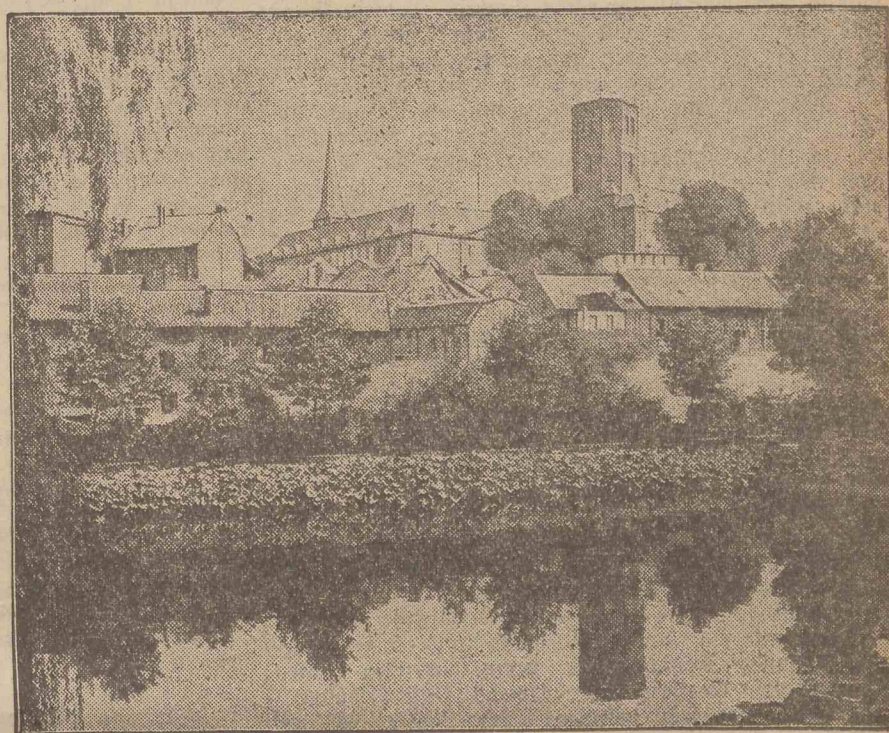
Deutsche Technik im Ausland.

Unsere Aufnahme gibt einen Blick auf das jetzt seiner Bestimmung übergebene riesige Kraftwerk von Baran (Frankreich) — das größte Staukraftwerk Frankreichs, das zum größten Teil mit deutschem Material auf Grund der Reparationsverpflichtungen erbaut wurde.



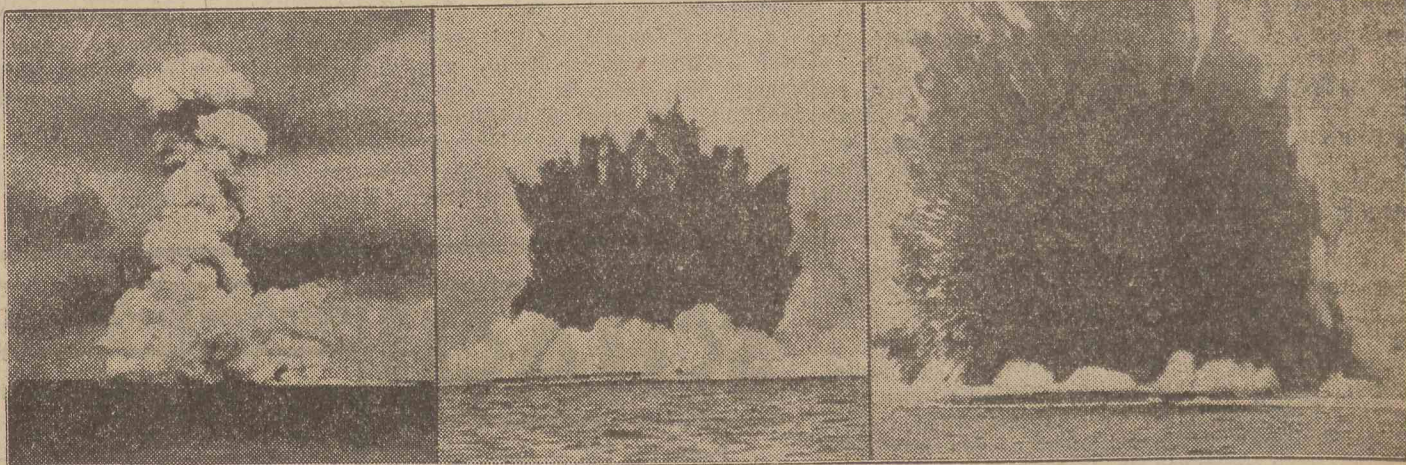
Griechenlands neuer Gesandter in Berlin.

Erzelenz Rangabe ist zum Gesandten Griechenlands in der Reichshauptstadt ausersehen.



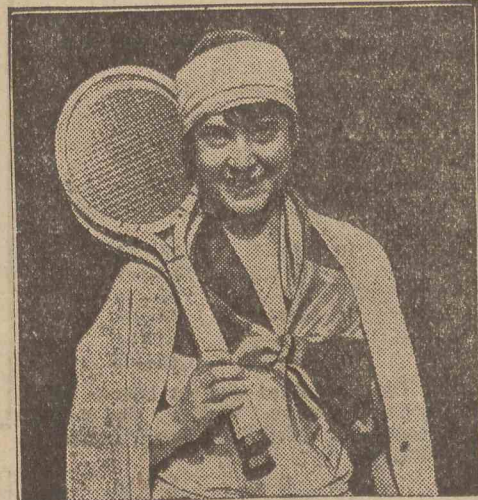
München-Glabach und Rheidt wieder getrennt.

Die im Zusammenhang mit der kommunalen Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vereinigten Städte München-Glabach und Rheidt sind wieder getrennt worden. Die Vereinigung dieser Städte bildete bekanntlich seinerzeit einen der am heftigsten umfrittenen Abschnitte des Umgebungsgebietes. Auf unserem Bilde aus Glabach-Rheidt sieht man die schöne Münsterkirche und die ehemalige Abtei.



Der Krakatau in Tätigkeit.

Diese interessante Bildserie zeigt die einzelnen Phasen eines Ausbruches des Vulkans Krakatau in der Sundastraße zwischen Java und Sumatra. Der Vulkan galt bekanntlich seit 1680 als erloschen; eine Explosion im Jahre 1883 zeigte jedoch, welche furchtbare Gewalt der Riese entfalten kann, denn über die Hälfte der Insel versank im Meer, und die durch die Katastrophe hervorgerufene Meereswelle durchzog den ganzen Pazifischen und Indischen Ozean bis zur Küste Südamerikas, während riesige Massen vulkanischen Staubes auf der ganzen Erde Luftstürben und Dämmerungsercheinungen hervorriefen. Unsere drei Bilder zeigen, wie ungeheure Mengen von glühender Lava, die auf der Aufnahme schwarz erscheinen, in die Luft geschleudert werden, während das Wasser in weitem Umkreis zu kochen beginnt und gewaltige weiße Wasserdampfwolken zischend in die Höhe fahren — ein Schauspiel von eigenartiger Schönheit, das von einem wagemutigen Bildberichterstatter nicht ohne Lebensgefahr festgehalten wurde.



Cilly Aussem zieht sich zurück.

Eine der besten Tennisspielerinnen Deutschlands, die Kölnerin Cilly Aussem, — im Jahre 1930 gewann sie die Wimbledon-Meisterschaft — will aus gesundheitlichen Rücksichten endgültig den Schläger aus der Hand legen.



Der neue Präsident des Norddeutschen Lloyd.

Nach dem Rücktritt des Präsidenten Philipp Heinen hat Karl Lindemann-Bremen den Vorsitz des Aufsichtsrates beim Norddeutschen Lloyd übernommen.



Wehrkreisparoch Müller 50 Jahre alt.

Wehrkreisparoch Müller vollendete am 28. Juni sein 50. Lebensjahr. Wehrkreisparoch Müller ist bekanntlich der Führer der „Deutschen Christen“ und der Vertrauensmann des Reichstages für die protestantische Kirche.

Wochenend und Ferien

REISE-BEILAGE DER DANZIGER LANDES-ZEITUNG.

Sonnabend, den 24. Juni 1933

Von Flensburg bis Königsberg Eine Rundreise durch deutsche Ostseestädte.

Am 20. Juni hat der „Seebienst Ostpreußen“ seine regelmäßigen Fahrten auf der westlichen Ostsee, ab Travemünde, aufgenommen. Bis zum 29. August beginnen die Seebienstdampfer ihre Reise wöchentlich einmal und zwar Dienstags, in Travemünde. Auf diesen Fahrten werden Warnemünde, Binz, Swinemünde, Zoppot, Pillau und — mit Ausnahme der ersten Fahrt am 20. Juni und der letzten Fahrt am 29. August, die in Pillau enden — Memel angelaufen. Die Fahrt ab Travemünde am 15. Juli wird außerdem anlässlich der Königsberger Ostmesse bis Libau durchgeführt.

Die Plätze, an denen die Küstenstädte entstanden sind, haben eine gemeinsame Eigenschaft: das Wasser ist wie eine Zunge ins Land hineingedrungen, an deren Spitze eine Siedlung geschnitten Raum findet, oder ein Fluß strömt in die See und bildet durch seine verbreiterte Mündung eine Mulde. So kommt es, daß viele Ostseestädte einige Kilometer vom Meer entfernt liegen und mit der offenen Flut durch ein stilleres Gewässer verbunden sind. Draußen aber reißt sich ein Kranz von Badeorten, von der Stadt getrennt und doch zu ihr gehörig. So ist es bei Flensburg und Kiel mit der Förde, bei Lübeck mit Trave, Travemünde und der von 20 Bädern eingerahmten Lübecker Bucht, bei Rostock mit der Warnow, Warnemünde und den vielen anderen mecklenburgischen Bädern. Greifswald hat den Hyl und den Bodden, Danzig die Motlau und Zoppot, Königsberg den Pregel und die Bäder der Steilküste. Wismar ist durch die tiefe Bismarcker Bucht geschützt. Stralsund durch die vorgelegte Insel, Rügen, Stettin durch Oder und Haff.

Durch diese Lage hat auch die Geschichte jener Städte viel Gemeinsames. Lübeck, Rostock und Wismar schlossen 1259 jenes denkwürdige Bündnis, das zum Ausgangspunkt der Hanse wurde. 20 Jahre später treten Stralsund und Greifswald dazu, und schließlich hat der Städtebund bis zu 90 Mitglieder, wird eine politische Macht ersten Ranges und beherrscht die ganze nordische Welt. Weiter blühend oder vom Niedergang früherer Größe betroffen, sind sie alle heute wie einst Meerestädte, Handelsstädte, Häfen, voll von Zeugen ihrer erhabenen Vergangenheit: der herrlichen norddeutschen Backstein-Gotik.

Aber sie sind nicht alle nur Seestädte. Vier Provinzen und Länder begrenzen die Ostsee: Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen, und jede von ihnen hat eine eigene Universität, mit ihren besonderen Verpflichtungen aus Volkstum und Landschaft: Kiel, Rostock, Greifswald, Königsberg. Die beiden äußeren davon sind zudem seit Kriegsende Grenzland-Universitäten geworden, als Bildungszentren des gesamten bedrohten Volkstums in Nord- und Ostmark, nicht nur Studienstädte der Berufsstudenten und in Erfüllung der hohen Aufgabe edelster deutscher Kulturpropaganda innerlich wie äußerlich gewachsen.

Flensburg,

Die Hauptstadt des ehemaligen Herzogtums Schleswig, ist seit 1920 Grenzstadt. Das idyllische Leich-Schloß Glücksburg ist ebenfalls grade noch deutsch, aber so kurze Ausflüge wie nach Sonderburg, Dänisch-Gravenstein führen schon ins Dänische. Diese charaktervolle, landschaftlich herrliche Needer- und Handelsstadt sollte viel mehr von uns Innendeutschen besucht werden! Um den Hafen herum gebaut, steigt sie nach beiden Seiten an: die Altstadt ist immer der Mittelpunkt im Tal, die neuen Teile klettert zu den Höhen empor, deren Randstraßen weite Blicke zu der gegenüberliegenden Seite und über die mit weißen Segeln besäte, grünemwaldete, blaue Förde eröffnen. Nikolaj- und Marienkirche mit prächtigem Altar, auch das Nordtor mit seinem gespreizten Staffgiebel sind wichtige Zeugen von Flensburgs Vergangenheit. In der Nordtorstraße steht das Alt-Flensburger Kaufmannshaus, in dem Hugo Cdenner, Ehrenbürger von Flensburg, seine Jugend verlebte hat.

Kiel

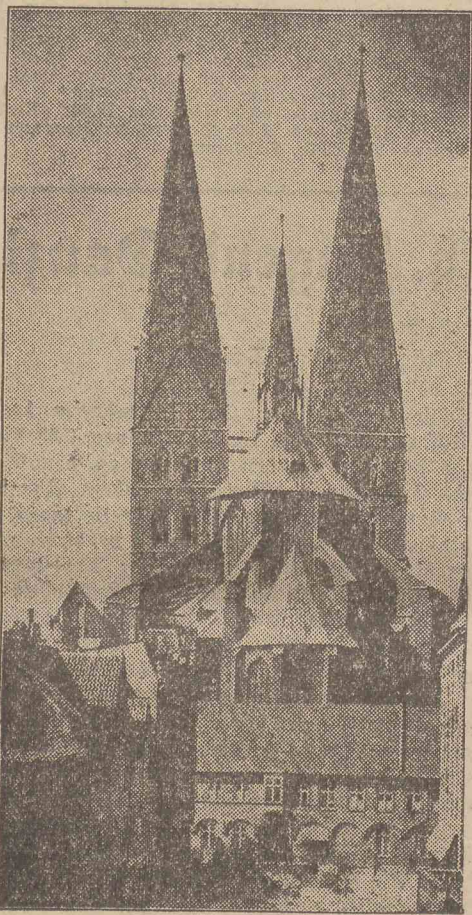
liegt „meeresumflungen“, wie es im Liede von ganz Schleswig-Holstein heißt, sozusagen an Ost- und Nordsee zugleich: durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal, eine der wichtigsten Wasserstraßen der Welt! Mehr als 200 Schiffe durchfahren ihn täglich! Kiel ist noch heute Deutschlands bedeutendster Marine-Hafen, und nicht zufällig erhebt sich auf dem Laboer

Fort das größte deutsche Marine-Chrenmal (an der Kieler Innenförde außerdem das U-Boot-Chrenmal). Ebenso steht Kiel im friedlichen Wettbewerb zur See an der Spitze: die „Kieler Woche“ ist die umfassendste segelsportliche Veranstaltung Deutschlands.

Berkörpert Kiel das Bild einer stetig aufstrebenden modernen Großstadt, so

Lübeck

das einer mittelalterlichen dazu. Reichsummittelbar noch als „die kaiserlich freie und des Römischen Reichs Stadt“, hatte sie die Führung im Städtebund der Hanse, und aus dieser Zeit stammt ihr Reichtum und der Glanz ihrer Baukunst. Die „Stadt mit den goldenen Türmen“ hört sie sich gerne genannt. Der Dom, eine Gründung Heinrichs des Löwen, und das Hofentor sind Baudenkmäler, die zu Symbolen des deutschen Meeres geworden sind. In seinem Rathaus haben die Geschlechter mehrerer Jahrhunderte gebaut: gotisch



Lübecker Marienkirche 1576.

Strebeglieder reihen sich hinter der gedungenen Wand des Renaissance-Borbaus empor. Ehrfurcht überkommt den Besucher und ein tiefes Glücksgefühl. Es ist wie eine Erlösung, wenn die alten Orgeln Lübecks diesem überwältigenden Empfinden Sprache geben, jene Instrumente, die zu den riesigsten und klangvollsten der Welt gehören.

Die Marienkirchen in Lübeck, Rostock, Danzig sind die drei größten Gotteshäuser an der deutschen Ostsee. Die Marienkirche in

Wismar

ist nicht viel kleiner, und zwei weitere erheben sich dicht daneben. Wismar besaß sogar eine eigene weltliche Schule, die „Alte Schule“, einen der prächtigsten Profanbauten Deutschlands, in bunt glasiertem Backstein. Der Fürstentum, eine unerwartet schmuckreiche Schöpfung norddeutscher Frührenaissance, verstärkt den ungemein reizvollen Eindruck, mit dem Wismar jeden tief gefangen nimmt. Alle Hansestädte verdanken ihr Gedelien der Volksgemeinschaft; nur Wismar sah einen Herzog in seinen Mauern, das Schloß erinnert daran. Wenig bekannt ist übrigens, daß Schweden, dem

Wismar 1648—1803 gehörte, erst 1903 auf sein Rückkaufsrecht verzichtet hat.

Witten in der Gegenwart steht

Rostock,

der Geburtsort des Fürsten Blücher, gleichfalls mit seinen Kirchen, Zoten, Bürgerhäusern, Backsteingebeln und Befestigungsanlagen wohlhalten-mittelalterlich und doch eine lebhaft moderne Wohn-, Durchgangs- und Kongressstadt. Vier Kirchtürme zählt Rostock sogar, alle anderen Hansestädte haben nur drei, außer Lübecks sieben. Sonst jedoch steht Rostock mit seinen sieben Wahrzeichen unter dem Szepter der Sieben: es sind die sieben Türme der Marienkirche, die sieben Straßen am Markt, sieben Stadttore, sieben Uferbrücken, sieben Rathäustürme, seine sieben Glocken und die sieben Linden im Rosengarten.

Stiller wieder, in der Landschaft Caspar David Friedrichs, ist

Greifswald,

mit der aus Rostock entstandenen Universität (Preußens älteste alma mater und der größten Grundbesitzerin unter allen deutschen Hochschulen) und seinen ländlich-berben Kirchen, dem „Langen Nikolaus“ und der „Dicken Marie“, in deren Schatten sich so gut der in den Landesfarben glänzende „Pommersche“ trinkt läßt, eine „Grypper“ Spezialität: Mischung von rotem Brandy und weißem Korn.

Dazwischen liegt

Stralsund,

dessen Gestalt so merkwürdig ist wie die ganze, noch immer trotz des Rügen-Verkehrs viel zu wenig besuchte Stadt: dreieckig, dreiseitig vom Wasser umschlossen, an den drei Ecken durch Dämme mit dem Festland verbunden. Dieses Stralsund, das Wallenstein zu nehmen sich vergeblich schwor, „und wenn es mit Ketten an den Himmel geschmiedet wäre“, funktelt von Farben und Formen. Dunkelrot leuchten die Backsteintürme, grün ihre kupfernen Helme, und die Häuserfronten der Straßen springen unruhig vor und zurück. Stralsunds Alter Markt mit der prunkvoll-giebeligen, lichtdurchbrochenen Schauseite des gotischen Rathauses vor der gleichartigen Nikolaikirche ist einer der eigenartigsten, der Remter des Katharinen-Klosters (zugleich Museum, mit dem berühmten Wiking-Goldschmuck) einer der besterhaltenen Innenräume deutscher Backsteingotik, der Räucherboden des Johannisklosters eine der sonderbarsten Wohnungen Deutschlands, die Stelle in der Fährstraße, auf der Schill 1809 fiel, das schlichteste deutsche Denkmal. Was aber sind diese und noch viele andere Merkwürdigkeiten gegen den Anblick der Stadt vom heimkehrenden Rügen- oder Hiddensee-Dampfer aus.

Stettin,

die Hauptstadt von Pommern, ist heute der größte deutsche Ostseehafen und mit seinem Reierwerderhafen für Massengut der vollkommenste und modernste in Europa überhaupt, ebenso hat der jüngste Raisschuppen als Umschlags- und Lagerhaus an Fassungskraft und Aufteilung in Europa nicht seinesgleichen: es kann den Güterinhalt von nicht weniger als 4000 Eisenbahnwagen aufnehmen. Immer von neuem ist der Blick über das bunte Getriebe des Hafens ein gewaltiger Eindruck, ob man ihn am Bollwerk genießt, während einer Rundfahrt oder von der Patenerrasse aus, einer der großartigsten Terrassen-Anlagen Deutschlands: unmittelbar am Wasser gelegen, aus Festungswällen entstanden, grün bewaldeten und durch monumentale offizielle Gebäude getönt. Stettin ist aber nicht nur eine moderne Verkehrs-, Handels- und Industriestadt, wie man es sich gemeinhin vorstellt. Als ehemalige Hansestadt hat es sich mancherlei Sehenswürdigkeiten aus seiner langen Vergangenheit bewahrt: das Schloß der ehemaligen pommerschen Herzöge, das barocke Königs- und Berliner Tor, das Denkmal Friedrichs des Großen von Schadow und eine Kuriosität ersten Ranges, nämlich in der alten und hohen Jacobikirche auf dem schön geschlossenen Hofmarkt das in einen Pfeiler neben der Orgel eingemauerte Herz des Lieber-Componisten Carl Löwe, das in einer goldenen Kapselfaßt ruht. Schmale Dampfer vermitteln von der Patenerrasse aus den Verkehr mit dem eleganten Swinemünde, Deutschlands größtem Seebad, und den übrigen Bädern auf Usedom und Wolin.

Danzig und Königsberg

am Ostrande der deutschen Ostsee — das ist eine Welt für sich. Danzig, ein altes deutsches Stadtbild von fast bei-

Wenn Sie in Ferien gehen,

lassen Sie sich durch unsere Geschäftsstelle die „DLZ“ per Kreuzband nachsenden und Sie bleiben über alle Vorgänge laufend unterrichtet.

spelloser Reinheit, besitzt in seiner Marienkirche den mächtigsten Bau der deutschen Backstein-Gotik und die fünfgrößte Kirche der Welt, im Roten Saal des Rathauses — neben denen in Bremen und Augsburg — den hervorragendsten Saalbau dieser Zeit. Das Krantor, die Glöckenspiele, Patrizierhäuser und Gassen mit ihren „Reißblagen“ — in die Straße vorpringenden, kleinen Terrassen — sind einige der vielen Charakteristika Danzigs. Es ist Geburtsstadt des Philosophen Schopenhauer wie Königsberg die Kants, Hermanns, E. T. A. Hoffmanns. Das Königsberger Hofmeister-Schloß und die Krönungskirche der preussischen Könige, der monumentale Dom mit seinen Grabstätten, die Alte Universität, an der jener große Weise lehrte, das umfangreichste deutsche Freilichtmuseum im Tiergarten, das weltberühmte Bernstein-Museum des „Goldes vom Samland“, nicht zuletzt das „Blutgericht“ (die originelle Weinstube im Schloßkeller), ein Gegenstück zum Danziger „Bach“ — das alles hält jeden Reisenden für einige Tage in der nordöstlichsten Großstadt des Deutschen Reiches fest, der auf dem Wege ist nach dem Roulette wie Opern-Spielplatz Zoppot, der Marienburg, Masarens 3000 Seen, nach dem vom Mutterland getrennten

Memel,

oder nach der Urweltlandschaft der Kurischen Nehrung mit den wüstenartigen größten Wanderdünen der Erde, denn: Vogelzügen und Eichen. Der „Seebienst Ostpreußen“ bezieht ja in diesem Jahre auch noch Lübeck und als Zwischenhäfen Warnemünde sowie Binz auf Rügen ein, und so ist auf nicht weniger als elf Hanseaten-Fahrten Gelegenheit gegeben, in 36 stündiger genussreicher Seereise die „Deutschen Ostseestädte“ zwischen Travemünde und Pillau an sich vorüberziehen zu lassen.

* Wahlweise Eisenbahn oder Postauto. Für den Ausflugsverkehr von Nürnberg nach Rostenburg o. T. haben Reichsbahn und Reichspost gemeinsam direkte Triebwagen- und Postautoverbindungen zwischen diesen beiden Städten geschaffen, die wahlweise benutzt werden können. Man kann also die fränkische Landschaft zwischen den beiden mittelalterlichen Städten auf der Hinfahrt von der Bahn aus, auf der Rückfahrt vom Postauto aus oder umgekehrt genießen. Die Reichsbahn fährt ein durchgehendes Triebwagenpaar, ab Nürnberg 8.34 (Sonntags 7.30), an Rostenburg 10.04 (Sonntags 9.05), zurück ab Rostenburg 17.40 (Sonntags 20.06), an Nürnberg 19.10 (Sonntags 21.43) Uhr. Das Postauto fährt ab Nürnberg Mauthalle 8.30 und trifft in Rostenburg 11.30 ein; die Rückfahrt erfolgt ab Rostenburg 16.30, an Nürnberg 19.00 Uhr. Die Eisenbahnfahrt kostet (Hin- und Rückfahrt) 3. Klasse 7.00; 2. Klasse 10.20 RM., die Kraftpostfahrt (einfache Fahrt) 6.50 RM. Daneben werden Karten ausgegeben, die zur wahlweisen Benutzung der Eisenbahn (2. Klasse) oder des Postautos gelten und 11.00 RM. kosten.

* Best Fahrten bis 900 Kilometer. Die bereits im Frühjahr beschlossene Erweiterung des Geltungsbereichs der Fahrradkarten auf 900 Kilometer ist jetzt durchgeführt worden. Seit dem 15. Juni können Fahrräder, Faltboote und Winter-sportgerät (Rodelschlitten und Schneeschuhe) auf Entfernungen bis zu 900 Kilometer auf Fahrradkarten befördert werden. Der Preis der Fahrradkarten wurde gleichzeitig ermäßigt. Die Fahrradkarte bis zu 450 Kilometer kostet 1.70 RM., bis zu 900 Kilometer 2.40 RM.

* Ins Memelland mit Ausreiseführermerk. Um den Verkehr nach den memelländischen Bädern zu erleichtern, ist in Cranzbuck, dem Ausgangspunkt der Haffdampfer nach Rastenburg, Ridden, Schwarzwitz und Memel, eine Abfertigungsstelle eingerichtet worden, die an Reichsdeutschen das erforderliche Ausreisepapier erteilt.

MAYRHOFEN

im Zillertal (Tirol)

Beliebter, angenehmer Sommeraufenthalt.

PENSION KUMBICHL

Neuerbaut, gut eingerichtete Fremdenzimmer, 10 Min. v. Bf. am Waldrand gel., bekannt vorzügl. Verpflegung. Volle Pension von 8.— Sch. an. Prospekte in der Geschäftsstelle d. Zeitung. kostenlos. — Bes. J. GEISLER.

Ferien

am Vierwaldstättersee!

Prächtig gelegen, 20 Minuten oberhalb der Bahn- und Schiffsstation ist die gemüthliche, wirkliche Erholung u. vorzügliche Verpflegung bietende

Pension Schönegg

ob Hergiswil bei Luzern

Balkonzimmer mit Blick auf See und Gebirge, Wald, Garten, Glasveranda, Liegestühle, absolut staubfrei. Prospekte in der Geschäftsstelle dieses Blattes erhältlich.

BAD TRENTSCHIN-TEPLITZ

RADIKALKUREN BEI RHEUMA · GICHT · ISCHIAS

Auskünfte kostenlos durch Repräsentanten: Frau H. Archenthal, Breslau 18, Scharnhorststr. 17 - Tel. 948 82

* Gesellschaftsfahrten auf die Zugspitze. Die Bayerische Zugspitzbahn hat — in ähnlichem Umfang wie die Reichsbahn — die Bestimmungen für Gesellschaftsreisen geändert. Auf der Strecke Garmisch-Partenkirchen-Schneefernerhaus erhalten Reisefahrergruppen von 12 bis 50 Personen 25 Proz. Fahrpreisermäßigung, von 51 bis 100 Personen 33 Proz., von 101 und mehr Personen 45 Prozent. Außerdem werden bei 20 bis 39 Teilnehmern ein Führer, bei 40 bis 99 Teil-

nehmern zwei Führer und für je weitere 50 Teilnehmer ein weiterer Führer frei befördert. Studierende und Schüler, die in Gruppen von mindestens sechs Personen einschließlich Führer reisen, erhalten für die Strecke Garmisch-Partenkirchen-Schneefernerhaus 50 Prozent Fahrpreisermäßigung für die Schwebebahnfreie Schneefernerhaus-Gipfelstation muß jedoch der volle Betrag entrichtet werden.

Befucht die Sommerfrische des Strandbades Charzynowo

Sommergäste f. billige Pension a. 23 RM. l. Charzynowsee, herrliche Laub- u. Nadelwälder, Strand- und Seebäder, 10 eig. Segel-, Ruder- u. Paddelboote, sowie Tennisplatz kostenlos zur Verfügung. Prospe. d. Villa „Velleneue“, Charzynowo, post. Chojnice.

Restaurant und Café Zum Klostergarten

Oliva, Klosterstraße 3
Oekonom: Alfred Machwitz
Empfehlen den geehrten Ausflüglern mein Lokal u. Garten
Billiger Mittagstisch Gut gepflegte Biere
Ziel aller Ausflügler. (3339)

Fulpmes Tirol 940 m

beliebte Sommerfrische

Auskünfte durch den Verkehrsverein. Prospekte bei der Geschäftsstelle der Danziger Landes-Zeitung.

Rheuma, Nerven-Frauenleiden, Blutdrucksteigerung, Nieren- u. Alterskrankheiten heilt

Bad Landeck

In Schlesien
Natürliche Schwefelthermen mit höchster Radioaktivität, Moorbäder
Zeitgemäße Preise, Pauschalreisen, Auskünfte u. Prospekte gratis, Badeverwaltung, Reisebüro.
Erholungsküste keine Kurkarte, nur billige Aufenthaltsgebühren.

Dr. Weidners
SANATORIUM am Königspark
Dresden - Loschwitz
300 m über dem Meer auf freier waldreicher Höhe über der Elbe.
Klinisch geleitete Anstalt für innere und Nervenkrankheiten. Pauschalpreise einschl. ärztlicher Behandlung von M. 16.— an.
Leitender Arzt Dr. med. K. Recknagel.

Schaffung eines riesigen Kraftfahrstraßennetzes für ganz Deutschland

Das kraftvolle Sinnbild der Regierung Hitler.

Berlin. In der Freitag-Ministerbesprechung berichtigte zunächst Reichsaussenminister Frhr. von Neurath als Führer der Londoner Delegation über die Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz, wozu der Reichswirtschaftsminister und der Reichsbankpräsident auch noch aus noch näheren Darlegungen machten. Dr. Schacht sprach dabei auch über seine persönlichen Verhandlungen mit den kurzfristigen und langfristigen Gläubigern, die teilweise bereits zu einem Ergebnis geführt haben.

In der darauffolgenden Kabinettsitzung wurden verabschiedet: ein Gesetz zur Verringerung des Gehalts der Beamten der Reichsbank, ein Gesetz über die Aufhebung der Strafen für die nationale Erhebung erkrankten Dienststrafen und sonstigen Maßnahmen (wir kommen darauf an anderer Stelle zurück). Außerdem wurde ein Gesetz verabschiedet, durch das eine Verringerung des Artikels 37 der Reichsverfassung herbeigeführt wird, die die Möglichkeit der Einleitung von Strafverfahren gegen Abgeordnete auch bei nichtberuflichem Reichstag und Landtag eröffnet.

Einen breiten Raum in der Besprechung nahm

der Gesetzentwurf zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamtenbefolgungs- und Versorgungsrechtes

ein, der in der vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Form verabschiedet wurde. Ebenso billigte das Reichskabinett ein Gesetz über die Aufwertung der Bürgschaftsschuld des Deutschen Reiches für die Deutsche Schutzgebietsanleihe. Dieses sieht einen Aufwertungsatz von 12 1/2 Prozent vor und als Zahlungsstermin für den Aufwertungsbeitrag den 1. Juli 1939.

Das Reichskabinett genehmigte ferner

die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahn“.

Danach wird die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ermächtigt, zum Bau und Betrieb eines leistungsfähigen Netzes von Kraftfahrstraßen ein Zweigunternehmen zu errichten, welches den Namen „Reichsautobahnen“ trägt. Die Kraftfahrstraßen sind öffentliche Wege und ausschließlich für den allgemeinen Verkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt.

Der Reichskanzler bestellt einen Reichsinspektor für das deutsche Straßennetz, der die Linienführung und Ausgestaltung der Reichsautobahnen bestimmt. Die Verwaltung und Vertretung des Unternehmens übernimmt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Für die Benutzung der Reichsautobahnen werden Gebühren erhoben. Der Reichsinspektor ist mit allen notwendigen Vollmachten ausgerüstet. Für das neue Unternehmen ist auch das Enteignungsrecht vorgegeben. Im Zusammenhang hiermit wird ein neues Reichswegegesetz erlassen werden. Dieser Plan ist bekanntlich auf die persönliche Initiative des Reichskanzlers zurückzuführen.

Es wird in Durchführung des beschlossenen Gesetzes in Deutschland ein Kraftfahrstraßennetz errichtet werden, wie es bisher in der Welt noch nicht existiert.

In diesem großartigen Plan kommt der Glaube an die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und an eine gewaltige Entwicklung des Kraftfahrverkehrs sichtbar zum Ausdruck. Die geplanten Autobahnen, mit deren Bau unverszüglich begonnen werden soll, werden

der deutschen Verkehrswirtschaft gewaltige Impulse und der deutschen Landschaft ein völlig neues Bild

geben. Sie werden das kraftvolle Sinnbild des politischen Zeitalters für spätere Generationen sein, das mit der Regierung Hitler begonnen hat.

Die Auswirkungen des gigantischen Straßenbauprojektes werden sich nicht nur in neuen Beschäftigungsmöglichkeiten größten Umfangs zeigen, sondern auch zu einer völligen Neugestaltung der Treibstoffwirtschaft und zu einem gewaltigen Aufschwung der nationalen Produktion, insbesondere

auch in den deutschen Treibstoffen führen. Schließlich werden sich in Verfolg dieser Pläne auch ganz neue Perspektiven für die Handelspolitik eröffnen.

Verabschiedet wurden schließlich noch die Gesetze über die Vorführung ausländischer Filmstreifen und über den Reichsausschuß für Fremdenverkehr. Das letztere Gesetz bedeutet lediglich die weitere Verlängerung des schon bestehenden Gesetzes und überträgt die Ausführungsverordnungen, die den Zeitbedürfnissen angepaßt werden, vom Reichsinnenminister auf den Reichspropagandaminister. Durch den Reichsausschuß für Fremdenverkehr, der unter Führung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda steht, wird eine

Bereinigung und erhöhte Wirksamkeit der Fremdenverkehrspropaganda

herbeigeführt. Das Reichskabinett traf dann noch die Regelung über die Zuständigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, die durch die Auflösung des Reichskommissariates für Arbeitsbeschaffung notwendig geworden war, dessen Befugnisse und Aufgaben und den Reichsarbeitsminister übergeben.

Der vom Reichsfinanzminister vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Gehalts der Richter wurde ebenfalls verabschiedet.

Im Reich 62000 Arbeitslose weniger

Belebende Zahlen.

Berlin. WTB. meldet: In den beiden ersten Juniwochen ist bei den Arbeitsämtern eine weitere Besserung eingetreten. Die Entlastung ist um beachtlich, als der im Frühjahr saisonmäßig einsetzende Arbeitsbedarf bis Ende Mai in der Hauptsache beendet zu sein pflegt. Die Zahl der von den Arbeitsämtern erfassten Arbeitslosen ist in der ersten Hälfte um rund 62 000 gesunken gegenüber nur 14 000 im Vorjahre. Sie beträgt 4 977 000 und liegt somit seit Ende 1931 zum ersten Male wieder unter der fünf Millionenengrenze. Gegenüber Mitte Juni des Vorjahres hat sie sich um rund 592 000 verbessert. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Reich erhöhte sich nach den Feststellungen der Reichsanstalt im Monat Mai um rund 480 000. Ende Mai standen im Reich rund 13,17 Millionen versicherungspflichtige Arbeitnehmer in Beschäftigung. Von Juni bis Ende Mai sind die Beschäftigungszahlen um rund 1,7 Millionen gestiegen gegenüber einer Steigerung von rund 659 000 im Jahre 1932. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nahm in der Arbeitslosenversicherung um rund 31 000 auf 435 000 und in der Rentenversicherung um rund 12 000 auf rund 1 324 000 ab. Die Zahl der Hilfsarbeiter betrug Ende Mai rund 121 000.

Ergänzend wird dazu vom WTB. noch gemeldet: Wenn man die Zahlen über die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 1. bis 16. Juni untersucht, dann merkt man, daß die Besserung auf dem Arbeitsmarkt noch erheblich größer ist, als es zunächst den Anschein hat. Die Zahl der Beschäftigten ist nämlich gegen Januar 1931 um 1,7 Millionen auf 13,17 Millionen versicherungspflichtiger Arbeitnehmer gestiegen, während die Zahl der erfassten Arbeitslosen, die bisher allein gewürdigt wurde, um 1,070 Millionen gesunken ist. Es ergibt sich somit, daß nach 630 000 (!) nicht erfasste Arbeitslose heute ebenfalls in Arbeit und Brot stehen. Aus dieser Darstellung geht hervor, daß in Wirklichkeit die Zahl der Beschäftigten gegen Januar 1931 um beinahe zwei Millionen höher ist. Wir haben damit eine Besserung des Arbeitsmarktes erlebt, wie sie seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen war.

Zusammenschluß der Bergarbeiterverbände

Imbusch abgelehnt.

Eisen. Der Gau Westfalen-Süd der NSDAP. teilt mit: Die Zeitung des Gewerkschaftsverbandes Bergarbeiter Deutschlands wurde auf Anordnung des Organisationsleiters der deutschen Arbeitsfront vom Gaubetriebszellenleiter Stein, Bochum, übernommen. Der bisherige verbandsvorstand Heinrich Imbusch wurde abgesetzt. Sämtliche leitenden Stellen sind mit bewährten Nationalsozialisten besetzt worden. Dadurch, daß Parteigenosse Stein bereits Leiter des ehemaligen

freien Bergarbeiterverbandes ist, kann in den nächsten Tagen der Zusammenschluß beider Verbände erfolgen. Die neue Bergarbeiterorganisation trägt den Namen „Deutsche Arbeitsfront, Deutscher Arbeiterverband des Bergbaues“. Ein dieses Verbandes ist Bochum.

Die christliche Bergarbeiterzeitung „Der Bergknappe“ hat aufgehört, eigenes Blatt zu sein und ist mit dem Fachblatt „Die Bergbau-Industrie“ zusammengelegt. Der neue Name für die zusammengelegte Zeitung heißt „Der Deutsche Bergknappe, Fachblatt des Deutschen Arbeiterverbandes des Bergbaues“. Erscheinungsort ist Bochum. Durch diese Maßnahme ist endlich das langjährige Ziel der deutschen Bergarbeiter erreicht, einen einzigen Berufsverband zu haben.

Zeitungsverbote.

W.D. Berlin, 23. Juni. Das Geheime Staatspolizeiamt hat die „Deutsche Zeitung“ (scharf rechts stehend, D. Schriftst.) wegen des Artikels „Eine Nichtigkeit im Falle Bismarck“ in der heutigen Morgenausgabe bis zum 30. Juni einschließlich verboten.

Das Geheime Staatspolizeiamt hat die Tageszeitung „Der Reichsbote“ (Das Blatt des Evangelischen Bundes, D. Schriftst.) bis zum 5. Juli verboten, weil das Blatt bei der Behandlung der Judenfrage die Reichsregierung verächtlich gemacht hat.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Polizeidirektion München auf Anordnung des Staatsministers den „Bayerischen Kurier“ (Führendes Blatt der Bayerischen Volkspartei) auf acht Tage verboten. Die Zeitung hat die Meldung über die Maßnahmen der Regierung gegen die deutschen nationalen Kampfbanner mit einer Überschrift mit Anführungszeichen versehen, die als lächerlich machende Gerabildung der Maßnahmen der Reichsregierung betrachtet wurden.

Der ehemalige Reichstagspräsident Loh und andere SPD-Führer in Haft.

Berlin, 23. Juni. Der ehemalige Reichstagspräsident und Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Paul Loh, und andere namhafte Führer der SPD, darunter der Abgeordnete Jürgensen, wurden heute von der Geheimen Staatspolizei im Zusammenhang mit der Auflösung der SPD zwecks Sicherstellung des Vermögens ihrer Fraktion zur Vernehmung in Schutzhaft genommen.

Leujner und Erising in Schutzhaft.

Karlsruhe, 23. Juni. Auf Anordnung des badi-schen Innenministers wurde der frühere heftige Innenminister Leujner (SPD), der sich in Genf in einer gegen die Interessen des Deutschen Reiches gerichteten Art und Weise gegenüber der deutschen Delegation benommen hat, heute mittags in Freiburg festgenommen und in Schutzhaft gebracht. Der badi-sche Reichstagsabgeordnete Erising vom Zentrum wurde heute in Karlsruhe ebenfalls festgenommen und in Schutzhaft gebracht. Erising wird der Vorwurf gemacht, sich bemüht zu haben, die Gegner der nationalen Regierung unter bestimmter Parole zu sammeln.

Zum Kirchenkonflikt unter den Protestanten.

Ein Telegramm des preussischen Kultusministers an die Kirchenkonferenz in Eisenach.

Berlin, 23. Juni. Staatsminister Ruff hat an die Kirchenkonferenz in Eisenach folgendes Telegramm gerichtet: An die Vertreter der Evangelischen Landeskirche der Altprotestanten Union auf der Kirchenkonferenz in Eisenach, nachdem die Evangelische Landeskirche der Altprotestanten Union den Rechtsboden verlassen hat, weise ich Ihre Vertreter in Eisenach nachdrücklich darauf hin, daß sie rechtsgültig nicht handeln können.

Deutschnationaler bayerischer Landtagsabgeordneter tritt zur NSDAP. über.

München. Der Landtagsabgeordnete Hans Keppler (München), der aus der deutschnationalen Front ausgetreten ist, hat um Aufnahme in die Fraktion der NSDAP. des Bayerischen Landtages nachgesucht. Landtagsabg. Keppler ist Vorsitzender des Süddeutschen Verbandes des Reichsbundes Vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine.

Blitzschläge im Gr. Werder.

In der Freitagnacht ging ein starkes Gewitter über den Ort des Großen Werders nieder, das sich namentlich in der Nähe von Kallhof, aufgehoben durch die Mogat, zusammenballte. Um 2 Uhr fuhr ein Blitzstrahl in den massiven Schweinestall des Hofbesizers Paul Spedmann in Altmünsterberg. Der Funke zündete sofort. Einem glücklichen Umstand war es zu verdanken, daß das brennende Gebäude von den übrigen Stallungen und dem Wohnhause genügend getrennt stand, so daß diese nicht gefährdet wurden. Die Feuerwehr von Altmünsterberg war an der Brandstätte und schützte außerdem den Hof vor etwaigem Flugfeuer. Da sich das Vieh auf der Weide befand, vermochte man die Schweine herauszutreiben. Lediglich einige Hühner sind in den Flammen umgekommen.

Ein zweites Gewitter, begleitet von wolkenbruchartigem Regen, kam am Nachmittag über Tegenhof zur Entladung, ohne jedoch Schaden anzurichten. Dagegen traf ein kalter Schlag den Schornstein der Schmiede in Rüdenau. Der Dorfschmied Schuchminski war gerade bei der Arbeit am Herd beschäftigt, als plötzlich mit lautem Knall der Schornstein in sich zusammenstürzte, Dachpinnen und Ziegel prasselten mit Getöse durch die Esse auf das Schmiedeseuer herab. Meister und Geselle wurden zu Boden geworfen, ihnen war jedoch nichts geschehen, trotzdem sie dicht unter der Einstiegsstelle gestanden hatten.

Für die Leser unserer Beilage „Wochenend und Ferien“

liegen von folgenden Bädern, Kurorten, Sommerfrischen und lohnenden Reisezielen

Prospekte

für Interessenten in unserer Geschäftsstelle auf:

Danzig, Allgemeiner Werbeprospekt, Joppot, Kurprospekte, Allgemeiner Saisonprospekt und Wohnungsnachweis Danzig, Danzigs Seebäder, Oliva, Glettau, Bröhen, Neubude, Weichselmünde, Wehl, Neufahr, Krafau, Elbfsee, am Fuß der Zugspitze, Bayerische Alpen, Bayerische Zugspitzbahn, Bad Herrenalb (Schwarzwald), Prospekt fast sämtlicher Hotels und Pensionen, Limburg (Lahn), Werbeprospekt des Verkehrsvereins Limburg, Bad Salschlitz, Werbeprospekt der Kurdirektion, Bad Altheide (Schlesien), Bad Landeck (Schlesien), Verkehrsprospekt der Grafschaft Glatz (Schlesien), Verkehrsprospekt der Kreise Glatz, Neudorf, Sabelschwerdt, Wiesbaden, Allgemeiner Kurprospekt, Stromberg, im Hunsrück, Luftkurort, Saisonprospekt, Klosterreichenbach, Luftkurort im Schwarzwald, Bad Teinach, Luftkurort, Württemberg, Schwarzwald, Schwab. Hall, Solbad und Kurort, Württemberg, Passau, Prospekt des Fremdenverkehrsvereins, Badarach, Luftkurort und Bad am Rhein, Bad Liebenzell, Thermalbad und Luftkurort, Württemberg, Schwarzwald, St. Beatenberg, Altenau im Harz, Kurprospekt, Krznica (Polen), Kur- und Badeprospekt,

Schweiz:

Toggenburg, Saison-Prospekt des Verkehrsvereins, Weggis, am Vierwaldstättersee, Kurprospekt, Bergiswil, am Vierwaldstättersee, Kurprospekt, Morfisch, am Vierwaldstättersee.

Osterreich:

Tirol, allgemeine Prospekt des Landesverkehrsamtes Tirol über die verschiedenen Landesteile, vollständiges Gattstättensverzeichnis von Tirol und Prospekt von allen größeren Orte wie Innsbruck, Mayrhofen, Gulpmes, Gerlos, Deh, Gries, Achensee, Burgstien, Neustift, Obertilliach, Matriel, Rappell, St. Anton am Arlberg, Isnsi, Ert-Schiersee, Passionspiele 1933, Ruffstein, Tals, Hall, Oesterreichische Zugspitzbahn.

Das größte Stadion der Welt.

Im Herzen der Weltstadt London wird soeben das größte und best ausgerüstete Stadion der Welt gebaut, in dem über 17 000 Menschen Platz finden sollen. Der Kostenaufwand beträgt 600 000 Pfund Sterling. Der Plan geht auf eine Anregung des sportbegeisterten jungen Amerikaners Jeff Dicksen zurück. Das Stadion, das den Namen Westminster-Stadion erhalten wird, ist nur wenige hundert Meter vom Platz des Parlaments entfernt und liegt in unmittelbarer Nähe der neuen Lambeth-Brücke. Wenn es auch an Ausdehnung das Pariser „Palais des Sports“ übertrifft, das ebenfalls der Initiative des unermüdbaren Jeff Dicksen seine Entstehung verdankt, so wird doch das Londoner Stadion in seiner baulichen Ausführung dem in Paris gleichen. Der Baumeister hat dafür gesorgt, daß nicht ein einziger Flecker die freie Sicht auf die Arena verhinert, in der Box- und Eishockeykämpfe, Radfahren, Tennisturniere und andere sportliche Veranstaltungen stattfinden werden. Für die Radfahrer wird eine ständige hölzerne Bahn erbaut. Das Stadion enthält ferner eine große Halle für das Training, eine kleinere mit 2500 Sitzplätzen für kleinere Vorkämpfe und einen Klub. Das Stadion soll aber auch für Tanzveranstaltungen, Konzerte, Zirkusvorstellungen und Ausstellungen aller Art verwandt werden.

Der Heimkehrfynn der Schwalben.

Neue Beobachtungen.

Wie verblüffend exakt der Heimkehrfynn bei den Schwalben funktioniert haben die Beobachtungen erwiesen, über die der Ornithologe Dr. Thomson kürzlich berichtete. Von einundzwanzig Schwalben, die man schon als Neulinge, also vor ihrem ersten herbstlichen Wanderzug, mit Ringen gekennzeichnet hatte, kehrten sieben bereits im folgenden Frühjahr zu ihrem Ausgangsort zurück, zwei nach zwei Jahren und die letzten zwei nach drei Jahren. Auch sechs voll erwachsene Schwalben, die man beringt hatte, fanden am nächsten Sommer ins alte Nest zurück. So genau funktioniert der Heimkehrfynn allerdings nicht bei allen Schwalben. Es kommt z. B. auch oft vor, daß

die Schwalben nicht ins alte Nest zurückkehren, sondern sich nur in der gleichen Gegend oder auch im Umkreis von einigen Meilen niederlassen. Der genannte Forscher hat jedoch auch beobachtet, daß eine beringte Schwalbe erst nach neun Jahren und zwar 125 Meilen von ihrer alten Heimat entfernt wieder auftauchte, was allerdings wohl eine der größten Rückkehr-Distanzen darstellen dürfte, die bis jetzt festgestellt werden konnten. Veringungsversuche, die man in neuester Zeit in Ungarn ausführte, zeigten, daß sich keine der zurückgekehrten Schwalben mehr als zwei Kilometer weg von ihrem Ausgangspunkt niederließ, um zu nisten. In einem Fall kehrte ein und dieselbe beringte Schwalbe sechs Jahre hintereinander ins gleiche Nest zurück.

Gefichtskrebs nach Sonnenbrand.

Zu viel Sonne ist ungefund.

Mit einer beachtenswerten Warnung vor der Gefahr überlanger und allzu intensiver Sonnenbäder wendet sich Professor Janssen, der Chefarzt des Pariser Val de Grace Hospitals, an die Öffentlichkeit. Jedermann sei sich, wie er ausführt, klar über die Gefahren des Sonnenbades. Nach seiner Überzeugung herrsche indessen in weiten Kreisen vollständige Unkenntnis über die mannigfachen anderen Krankheiten, denen Personen ausgesetzt sind, die in dem Glauben leben, daß eine sonnenverbrannte Haut ein Ausdruck von Gesundheit sein. Und unter diesen Krankheiten seien manche recht erster Natur. Der Pariser Professor mahnt die Fanatiker der Sonne, über der wohl-tätigen Einwirkung der Sonnenbestrahlung nicht zu vergessen, daß das Vermögen, zuviel Sonne zu absorbieren, genau so unvernünftig ist, als wenn man sich übermäßig Nahrung zuführt. Der Sonnenchein muß, wenn er befriedigend sein soll, ebensooft verdaut werden wie unsere Nahrung. Die Praxis habe ihn darüber belehrt, daß sehr intensive Sonnenbestrahlung eine Art Hautkrebs zur Folge haben kann, wie er bei Fischern und landwirtschaftlichen Arbeitern häufig beobachtet wird. Man hat in Marseille festgestellt, daß

14 Prozent der behandelten Fälle von Gesichtskrebs auf Sonnenbrand zurückzuführen waren. Die Patienten wurden mit X-Strahlen behandelt, und in 90 Prozent der Fälle erwies sich diese Therapie auch als erfolgreich. Gleichwohl aber bleibe die Tatsache bestehen, daß Verdauungsstörungen durch Sonnenbrand schwieriger und gefährlicher zu kurieren seien, als die durch Überernährung hervorgerufenen parallelen Erscheinungen.

Der gefährlichste Beruf.

Die „Radiummüllers“.

Die Menschen, die den gefährlichsten Beruf der Welt ausüben, sind weder den Gefahren durch Wind und Wetter, noch Explosionen oder ähnlichen Katastrophen ausgesetzt, sondern arbeiten im stillen Laboratorium. Ihre Arbeit ist dennoch die gefährlichste Tätigkeit, die man sich vorstellen kann. Sie besteht nämlich darin, das in der Medizin gebrauchte Radium in Salz in die sogenannten Radiumselenen oder Radiumnadeln, winzige feine Metallstäbchen, einzufüllen. Das Radium sowie die Radiumnadeln befinden sich während des Einfüllens in einem Behälter, der von einem starken Bleimantel umgeben ist, so daß wenigstens der Körper des Arbeitenden vor der Einwirkung der Strahlen nach Möglichkeit geschützt ist. Nur durch zwei Öffnungen, durch die er seine Hände steckt, kann der Arbeiter in das Innere des Behälters gelangen, um seine gefährliche Sanierung auszuführen. Aber selbst diese unter solchen Vorkehrungsregeln vorgenommene Arbeit bringt den Körper in so schwere Gefahr, daß der Radiummüller nur drei Monate hindurch seinen Beruf ausüben kann und darf; dann muß er drei volle Monate ausheilen, um seinem Körper wieder Erholung zu gönnen. Wie gefährlich das Arbeiten in der Radiumindustrie ist, erzählt auch die erst kürzlich gemeldete tödliche Erkrankung von fünf jungen Arbeiterinnen in der Radium Compagny in New Jersey, die nur dadurch erkrankt waren, daß sie sich angewöhnt hatten, beim Befüllen der Leucht-röhren von ihren u. d. d. mit radiumhaltigen Leucht-

masse die Pinselspitzen immer mit der Zunge anzufestigen.

Das neue Riesenfernrohr der Vereinigten Staaten.

Nach langen sorgsamsten Vorarbeiten haben die amerikanischen Astronomen jetzt beschlossen, das neue Riesenfernrohr, das aus dem Segat des verstorbenen Milliardärs W. J. M. C. Donald von 860 000 Dollars erbaut wurde, auf dem Gipfel des Mount Pico aufzustellen. Der Berg gehört zu der Dankschleife im Südwesten des Staates Texas. Von dem Gipfel dieses Berges, der über 2000 Meter hoch ist, sieht man in einen Himmel von einer ungewöhnlichen Durchsichtigkeit. Wegen dieser seltenen Klarheit der Luft nimmt man an, daß man mit dem neuen Fernrohr, das eine Spiegelöffnung von zwei Metern hat, die fernsten Sterne wird beobachten können. Sterne, die bisher nur mit dem größten Fernrohr auf dem Mount Wilson in Kalifornien aufgefunden werden konnten, das eine Spiegelöffnung von 2 1/2 Meter hat. Im Testament des Milliardärs Donald steht ein Passus, in dem der von kindlichem Glauben erfüllte Erblasse die Hoffnung ausdrückt, daß es möglich sein werde, durch das neue mächtige Instrument Gott in seiner himmlischen Wohnung zu sehen. Ueber die Verwirklichung dieser Hoffnung hegen die skeptischen Astronomen allerdings berechtigte Zweifel.

Schwarze Kino-Programme.

Ein Kinobesitzer in London kam auf die Idee, anstatt der weißen Programme mit schwarzer Schrift, Programme aus schwarzem Papier herstellen zu lassen, auf denen der Text mit weißer Schrift gedruckt steht. Es hat sich nämlich gezeigt, daß sich im verdunkelten Raum die weiße Schrift auf dem schwarzen Untergrund wesentlich leichter lesen läßt als der dunkle Druck auf dem gewöhnlichen weißen Papier.

London am toten Punkt

Fortschritte im innerdeutschen Aufbau? — Das Transferproblem — Keine künstliche Kaufkrafthebung.

Die Situation auf der Weltwirtschaftskonferenz ist mehr als unerfreulich. Zwar weiß man aus zahlreichen Erfahrungen, daß jede große internationale Bepfändung eine Reihe von Krisen zu überwinden hat, diesmal liegen die Dinge aber so kompliziert, daß schon ein grenzenloser Optimismus dazu gehört, an einen Erfolg zu glauben.

Die Abneigung des Präsidenten Roosevelt, den von den Sachverständigen Englands, der U. S. A. und Frankreich fixierten Währungs-Währungs-Waffenstillstand zu unterschreiben, stellt nichts anderes als eine Weigerung dar, den inneren Wiederaufbau zu Gunsten einer allgemeinen Verständigung hintanzustellen.

Da die U. S. A. glauben, mit Hilfe einer Inflation die Dinge meistern zu können, wird man um den Kernpunkt der Weltwirtschaftskonferenz, nämlich die Wiederaufrichtung der Goldwährung in allen Ländern, ohne Resultate herumreden.

Der erste Berater Roosevelts, Unterstaatssekretär Professor Raymond Moley, der erst jetzt in London der Wortführer der Vereinigten Staaten ist, leitete seine Auffassung über die künftigen Absichten der Union in folgende Worte: „Jede Nation muß ihre eigenen Angelegenheiten ordnen, und eine Konferenz von Vertretern aller Nationen ist vor allem nur nützlich, um in einem gewissen Grade diese nationalen Tätigkeiten zu koordinieren... Der Weltmarkt bildet nur einen kleinen Prozentteil im gesamten Handel der U. S. A.“ Diese Ausführungen belegen genug. Sie sind dazu geeignet, die Stimmung noch um einige Grade herabzudrücken, und hieran vermögen auch alle Rettungsversuche des Präsidenten Roosevelts an der Londoner Konferenz nichts zu ändern.

Im günstigsten Falle steht ein schwacher Kompromiß zu erwarten, der einige der internationalen Handelshindernisse beseitigt.

Selbst der Vorschlag des englischen Weltwirtschaftsachverständigen Sir Walter Layton, die Stabilisierungsklause durch einen Zwei- oder Dreijahresplan zu umschiffen und einseitigen lediglich die Wechselkurse zu dem Zwecke zu überwinden, um die Devisen Spekulation zu verhindern, kann die Situation nicht klären. Layton will das feste Verhältnis der Währung zum Golde Schritt für Schritt festlegen, und zwar derart, daß die Preisbewegung die Stabilisierungsbasis abgibt.

Gegen einen derartigen Plan spricht nur die Tatsache, daß die Spekulation sich gar nicht ausschalten läßt, sondern auch die Fülle von Erfahrungen, die man gerade in dieser Beziehung in London und New York sammeln konnte.

Wenn die amerikanische Regierung zur Zeit des schwindenden Dollars zum Auftrieb der Preise und Kurse bedarf und Gerecht hat, ihr Gebäude bei einer Stabilisierung zusammenbrechen zu sehen, wann kommt dann einmal der Tag, an dem eine solche Gefahr nicht mehr besteht?

England wird auf sein eigenes Vorgehen verweisen und die Bereitwilligkeit erkennen lassen, jederzeit zum Goldstandard zurückzukehren. Dabei vergißt es nur, daß das Imperium seine Währung aus ganz anderen Motiven zerstört hat als die Union. Das Britische Weltreich hat weder das Preis- noch das Kursgebäude zu verteidigen, ist es doch

bestenfalls der Nutznießer des amerikanischen Experiments, ohne selbst den Gefahren, die die U. S. A. dafür in Kauf nehmen, ausgesetzt zu sein. Der englische Schatzkanzler Chamberlain mußte denn auch auf der Konferenz erfahren, wie groß in der Welt

die Abneigung gegen eine internationale Kreditausweitung

ist, deren Schwierigkeiten die Völker nachgerade zur Genüge kennen. Gelangen die U. S. A. nicht zu einer Revision ihrer Einstellung in der Stabilisierungsfrage, dann muß der Erfolg der Londoner Weltwirtschaftskonferenz gleich null bleiben.

Deutschland macht inzwischen alle Anstrengungen, um aus eigener Kraft vorwärts zu kommen. Die Wirtschaftsmaschinerie läuft im allgemeinen auf erhöhter Tourenzahl, und wenn hier und da ein Wirtschaftszweig nicht mitkommt, so liegt dies einfach daran, daß die künstliche Anhebung nicht überall gleich wirksam sein kann. Vier Jahre Wirtschaftsverfall lassen sich nicht auf einmal gutmachen; man muß sich schon zufriedengeben, wenn die Zahl der Arbeitslosen langsam abnimmt und die Konsumkraft auf natürliche Weise eine Ausdehnung erfährt. Auch

Rückgänge sind angesichts der Unordnung in der Weltwirtschaft kaum zu vermeiden.

Die Hauptsache bleibt, daß immer neue Reserven eingesetzt werden können, um den Produktionsprozeß über schwache Punkte hinwegzubringen und den Optimismus wachzuhalten. Nur zögernd wagen vorläufig Industrielle und Kaufleute, Reinvestitionen vorzunehmen, dann dürfte es aus diesen Kreisen der Wirtschaft an Aktivität nicht fehlen.

Am 27. d. M. nimmt der Reichsbankpräsident in London Verhandlungen mit den langfristigen Gläubigern wegen des Transfermoratoriums von neuem auf. Die Atmosphäre hat sich etwas gebessert.

Die Bereitwilligkeit Deutschlands, für die Young-, Dawes- und Riallanleihe eine Vorzugsbehandlung zuzugestehen, da der Dienst dieser Schuldtitel be-

Das Anwachsen der deutschen Einfuhr nach Polen.

Nach den letzten statistischen Angaben hat trotz der teilweise Boykottbestrebungen die Einfuhr deutscher Waren nach Polen im Mai eine Steigerung erfahren, und zwar nahm die Einfuhr von 12,7 Millionen Zloty im April auf 14,3 Millionen im Mai d. J., d. i. um 11 Prozent, zu. Die Teilnahme Deutschlands an der polnischen Einfuhr stieg damit auf 21,8 Prozent, während sie im April nur 21,6 Prozent ausmachte. Die Zunahme der deutschen Einfuhr nach Polen umfaßte folgende Artikel: exotische Früchte, Feinporzellan, Steinplatten, Magnetsteine, Pyrit, Schleifsteine, Altpapier, Bitumenwachs, Kunstgummi, Soda, Schwefelsäure, Chromverbindungen, Kolophonium, Gerbstoffe, chemische Halbpunkte, Heilmittel, Farbstoffe, Kupfer, Nickel, Blei, Lastautos und Automobile.

* „Domag“, Danziger Del-, Margarine- und Speisefettfabriken Akt.-Ges., Danzig-Oliva. In der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Juli 1932 wird ein Betriebsergebnis von 123.284,61 Gulden verzeichnet. Da auf der anderen Seite Unkosten, Steuern und Abschreibungen mit insgesamt 149.350,80 Gulden das Betriebsergebnis wesentlich übersteigen, so wird zur Deckung des Verlustes der Reservefonds mit 23.198,96 Gulden herangezogen. Nach Berechnung dieser Summe verbleibt ein Verlustvortrag von 266.93 G.

* Die Lage am polnischen Getreidemarkt. Auf dem Inlandsmarkt haben sich die Weizenpreise im Vergleich zur Vorwoche gehalten. Das Angebot ist wieder ziemlich zurückgegangen, wohl durch das schlechte Wetter beeinflusst und dadurch, daß an vielen Stellen die letzten Vorräte abgestoßen wurden. Die Mähten haben sehr viel aufgenommen, so daß sie in der letzten Zeit etwas zurückhaltender waren. Da bis zur Ernte immerhin noch eine Zeitpanne von nahezu zwei Monaten bestehen dürfte, so ist es wohl auch nicht als ausgeschlossen anzusehen, daß bei dem kleinen Angebot die Nachfrage der Mähten wieder eintreten wird, da wegen Kapitalmangel in den seltensten Fällen Waren- oder Mehlvorräte vorhanden sind. In Roggen war das Angebot von Seiten der Produzenten weiterhin sehr klein, so daß die staatlichen Getreidewerke, um nicht eine unnötige Preissteigerung eintreten zu lassen, sich genötigt sahen, von ihren Vorräten den Bedarf der Mähten zu decken. — In Gerste und Hafer war vielfach bei aufgebesserten Preisen Nachfrage vorhanden.

* Schiffahrts-Ermäßigungen im Kaiser-Wilhelm-Kanal und auf der Elbe. Wie wir erfahren, wird ab 1. Juli der Tarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal ermäßigt und zwar soweit bisher bekannt, sollen die Kanalabgaben durchschnittlich um 10 Prozent gesenkt werden. Das Kanal-Lösegeld soll unverändert bleiben. Dagegen wird das Elb-Lösegeld statt mit 40 Prozent in Zukunft mit dem vollen hundert Prozent auf Abgaben angedreht. Dadurch dürfte eine Gesamttermäßigung von ungefähr 20 Prozent eintreten.

* Deutsche Volksbank-Bromberg im Geschäftsjahr 1932. Am 14. Juni fand unter Teilnahme von etwa 100 Genossen die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Deutschen Volksbank Bf. p. z. o. o., Bydgoszcz, statt. Aus dem Bericht des Vorstandes ging hervor, daß die Bank das vergangene Geschäftsjahr zu einer gründlichen Reorganisation benutzt und infolgedessen größere Beträge zu Rückstellungen verwandt hat, so daß die Gewinn- und Verlustrechnung für 1932 mit einem Verlust von 35.000 Zloty abschließt. Zur weiteren Vereinigung der Bilanz beschloß die Generalversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufschlußrates einstimmig, die Betriebsrücklage in Höhe von 577.000 Zloty aufzulösen und zu verschiedenen Abschreibungen zu verwenden, um die Aktien auf ihren Zeitwert zu bringen. Eine Dividendenerhöhung konnte deswegen nicht in Frage kommen. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr beurteilen die Verwaltungsglieder der Bank ebenfalls günstig. Die Bank hat deshalb schon jetzt den Zinsfuß für die debitorischen Konten auf zwei Prozent unter den geschätzten Höchstzinsfuß auf 8 Prozent gesenkt. Die Genehmigung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Entlastung des Vorstandes und Aufschlußrates erfolgte einstimmig. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder Schmidt, Thöl, Seelert, Kriedte, wurden einstimmig wiedergewählt.

sonders gesichert ist, hat in allen Ländern einen guten Eindruck hinterlassen.

Widerstände melden sich noch immer aus der Schweiz und aus Holland. Beide Staaten erstreben eine Sonderbehandlung, wobei sie auf ihren Außenhandel mit Deutschland verweisen, der stark zu ihren Gunsten ausfällt. Man möchte die Zinsen und Tilgungsraten aus den Ueberflüssen des Warenverkehrs bezahlt wissen, vergißt dabei jedoch, wie schwer es hat, einzelnen Ländern eine Vorzugsstellung einzuräumen. Was dem einen recht ist, dem anderen billig. Außerdem macht das russische Problem einige Sorgen.

Deutschland hat bekanntlich erhebliche Summen aus dem Warenverkehr mit der Sowjet-Union zu fordern.

Bisher gingen die Beträge, wenn auch unter Schwierigkeiten und unter Stundungen ein. Sollte das östliche Reich verfallen, so würde Deutschland einen erheblichen Teil seines Devisenankaufs einbüßen und damit in eine Situation geraten sein, die außerordentlich heikel ist.

Gehelmat Bode von der Reichsbank benutzte die Beratungen in der Finanzkommission der Weltwirtschaftskonferenz, um Deutschlands Standpunkt in überzeugender Weise darzulegen. Er warnte vor ungeduldeten Kreditexperimenten, weil sie die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen durch Schuldenerhöhung von neuem in Frage stellen könnten. Des weiteren wünscht Deutschland keine Deflation, aber auch keine Kaufkrafthebung durch Schaffung künstlicher Kaufkraft.

Die Wirtschaftsbelebung müsse durch Stärkung des Vertrauens erfolgen, und dies erfordere die Beseitigung der Handelsbarrieren und die Vereinigung des Schuldenproblems.

Mit anderen Worten, die deutsche Regierung und mit ihr das gesamte Volk wollen die natürlichen Kräfte wecken und die Wirtschaft auf organismischen Wege einer Gesundung entgegenführen. Diese Auffassung ist das Resultat der Erfahrungen während der letzten Jahre. Sie haben gezeigt, daß jeder Versuch von der Geldseite her, den Produktionsprozeß anzukurbeln, zum Scheitern verdammt ist, weil die künstliche Anhebung sich nur als sehr kurzlebig erweist. Ein zweites Mal könnte Deutschlands Wirtschaft das Experiment einer Kreditausweitung oder einer Inflation nicht ertragen, da die Erinnerungen an die Folgen noch zu frisch in aller Erinnerung lebt.

Berliner Produktenmarkt

Weizen, märk. 187—189; Juli 203½—202½. Tendenz: abgemindert. Roggen, märk. 151—153; Juli 165½—164½. Tendenz: stetig. Futter- und Industrieernte 163—174. Tendenz: ruhig. Safer, märk. 136—141; Juli 144½—143½. Tendenz: stetig. Weizenmehl 22½—26¾. Roggenmehl 20.60 bis 22¾. Weizenklein, stetig, 9.30—1½. Bittoriaerbsen 29—29½. Kleine Speiserbsen 20—22. Futtererbsen 13½—15. Weizenklein 12½—14. Ackerbohnen 12¾—14. Bohnen 13—15. Lupinen, blaue 10¼—12. Lupinen, gelbe 13½—15¾. Leinsamen, Bafis 37%, 15.30. Erdnüssen, Bafis 50%, ab Hamburg, 15.20. Erdnüssenmehl, Bafis 50%, ab Hamburg, 15.40. Trockenfischöl 8.60. Kartoffelflocken 13.30—13.50.

Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121.76 Gulden (Geld) und 122.00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten 117,50—119,—; Dollarnoten 121,76—122,00.

Dollarnoten 121,76—122,00.

Danziger Devisen

	23. 6.	22. 6.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	17.385	17.425
Auszahl. Lond. 1 Pfd. Sterl.	57.48	57.59
„ Warschau 100 Zloty	—	57.50
„ New York 1 Dollar	—	57.62
„ Berlin 100 RM.	121.58	121.53
„ Paris 100 Fr.	20.17	20.21
„ Helsinki 100 fm.	—	—
„ Stockholm 100 Kr.	—	—
„ Kopenhagen 100 Kr.	—	—
„ Oslo 100 norw. Kr.	—	—
„ Amsterdam 100 hfl.	—	205.84
„ Zürich 100 Franken	98.98	99.18
„ Brüssel/Antwerpen 100 Belga	71.58	71.72
„ Wien 100 Schilling	—	—
„ Prag 100 Kr.	—	—

Noten:

Poln. Noten 100 Zloty 57.49 57.61 57.50 57.62

Dollar-Noten I.

von 5—100 1 Dollar

Reichsmark (100 RM.)

Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert

23. 6. 33 22. 6. 33

Festverzinsliche Wertpapiere:

a) ohne Zinsberechnung:

7% Danziger Stadtanleihe von 1925

6½% Danziger Staats- (Tabakmono-

pol)-Anleihe von 1927

5% Roggenrentenbriefe

b) mit Zinsberechnung:

6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek.

Bank-Kommunal-Obligationen

6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek.

Bank-Pfandbrief Serie 1—9

6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek.

Bank-Pfandbrief Serie 10—18

6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek.

Bank-Pfandbrief Serie 19—26

6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek.

Bank-Pfandbrief Serie 27—34

6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek.

Bank-Pfandbrief Serie 35—42

6% (bisch. 6%) Danziger Hypothek.

Bank-Pfandbrief Serie 1

Aktien:

Bank von Danzig

Danz. Priv.-Akt.-Bank

Danz. Hypothekbank

Danziger Bank f. Handel und Gewerbe

Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG.

12% 9%

Anmerkungen:

1) Kurs für 1 Zentner — 2) Kurs für 100 Gulden.

Begünstigt der 7prozentigen Danziger Stadtanleihe 1925

und der 6½prozentigen Danziger Tabakmonopolanleihe 1927

ist der Umrechnungskurs mit 1 Pfund Sterling = 25 Gulden

festgelegt.

Danziger Getreidebörse.

Letzte amtliche Notierung vom 21. Juni 1933.

Weizen, 128 Pfd., 22,25; Weizen, 125 Pfd., 21,75; Roggen, Export, ohne Handel, Roggen, Konsum, 12,00; Gerste, Konsum, 10,50—11,00; Hafer, 8,40—9,25; Roggenkleine, 6,75—7,00; Weizenkleine 6,75—7,00 G.

Miles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nichtamtlich. Vom 23. Juni 1933.

Weizen 128 Pfd., 22,25; Weizen, 125 Pfd., 21,75; Roggen 12,00; Braugerste 10,90; Futtergerste 10,00—10,50; Hafer 8,40—9,25; Roggenkleine 6,75—7,00; Weizenkleine 6,75 bis 7,00 G. per 100 Kg. frei Danzig.

Die Preise haben angezogen. Weizen bringt 22,00 Gulb. Für Roggen zum Konsum wird 11,10 Gulden bezahlt.

Durchschnittsgerste ist mit 10,50 Gulden angeboten.

60%iges Roggenmehl 20, 21,00; Weizenmehl 000 20, 37,50, frei Bäckerei Danzig.

Bahnzufuhr

an Getreide, Hülsenfrüchten und Saaten auf den Danziger Bahnhöfen am 22. Juni 1933.

Weizen 1, Roggen 4, Gerste 4, Hafer 1, Hülsenfrüchte 3, Kleie und Delfuchen 8, Saaten 1. Zusammen 22 Waggons.

Schiffe im Danziger Hafen.

Eingelaufene Schiffe.

Am 23. Juni 1933:

Dän. MS. „Anna“ (66) von Hammeren mit Steinen (Ganswindt). Dtsch. D. „Sör“ (348) von Gdingen, leer, (Bergense). Dtsch. MS. „Franz“ (49) von Königsberg, leer, Bergense. Schwed. D. „Mercur“ (800) von Helsingør, leer (Pam.). Dtsch. D. „Edvard“ (574) von Hamburg, leer (Morg.). Dtsch. D. „Veda“ (347) von Lübeck, leer (Wolff). Dtsch. D. „Sören“ (343) von Lübeck mit Gütern (Cencat). Schwed. D. „Gudrun“ (443) von Karlskrona, leer (Pam.). Dtsch. D. „Edmund Hugo Stinnes“ (1256) von Stettin, leer (Artus). Ital. D. „Götland“ (2281) von Götterburg, leer (Baltra). Poln. D. „Szczecin“ (344) von Rotterdam mit Gütern (Pam.). Dtsch. D. „Kondor“ (448) von Antwerpen mit Gütern (Nord.). Dtsch. D. „Dobry“ (187) von Gdingen, leer (Pam.). Dtsch. D. „Selene Auf“ (577) von Hamburg mit Gütern (Cencat). Dän. D. „Vibeke Maerft“ (514) von Ajege, leer (Bergense).

Am 24. Juni 1933:

Schwed. D. „Uddesholm“ (539) von Rouen, leer (Pam.). Dtsch. MS. „Olga“ (70) von Königsberg, leer (Pam.). Engl. D. „Selmuth“ (404) von See mit Spirituosen, (Burton). Griech. D. „Georgios Pittas“ (1963) von Heransen, leer (Baltra). Schwed. D. „Ragnar“ (430) von Rönne, leer (Pam.).

Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

D. „Solstad“ (Pam.). MS. „Gloria“ (Ganswindt). MS. „Vernard“ (Bergense). MS. „Charlotte“ (Bergense). Sl. „Jonjae“ (Behnte u. Sieg). Sl. „Koslo“ (Behnte u. Sieg). MS. „Sibba“ (Bergense). MS. „Winda“ (Atlantik). D. „Jotunfell“ (Behnte u. Sieg). Schl. „Frey“ (Behnte u. Sieg). MS. „Vulkan“ (Worms). D. „Rathelm“ (Reinhold).

Berliner Schlachtviehmarkt.

Vom 23. Juni 1933.

Bezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

A. Ochsen.

a) vollfleisch. ausgemästete höchst. Schlacht-

werts, 1. jüngere

2. ältere

b) sonstige vollfleischige, 1. jüngere

2. ältere

c) fleischige

d) gering genährte

B. Bullen.

a) jüngere vollf. höchst. Schlachtwerts

b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete

c) fleischige

d) gering genährte

C. Kühe.

a) jüngere vollf. höchst. Schlachtwerts

b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete

c) fleischige

d) gering genährte

D. Färsen.

a) vollf. ausgemäst. höchst. Schlachtwerts

b) vollfleischige

c) fleischige

d) gering genährte

E. Fresser.

Mäßig genährtes Jungvieh

Kälber.

a) Doppelender bester Mast

b) beste Mast- und Saugkälber

c) mittlere Mast- und Saugkälber

d) geringere Saugkälber

e) geringe Kälber

Schafe.

a) Stall-Mastlamm, Weidemast, Holsteiner

b) Stall-Mastlamm

c) Weidemast

d) beste Schafe

e) gering genährtes Schafvieh

Schweine.

a) Fettschweine über 300 Pfd. Lebendgew.

b) vollfleischige Schweine von ca. 240 bis

300 Pfund Lebendgewicht

c) vollfleischige Schweine von ca. 200 bis

240 Pfund Lebendgewicht

d) vollfleischige Schweine von ca. 160 bis

200 Pfund Lebendgewicht

e) fleischige Schweine von ca. 120 bis 160

Pfund Lebendgewicht

f) fleischige Schw. unt. 120 Pfd. Lebendgew.

g) Sauen

Marktverlauf:

Marktverlauf: Rinder glatt, Kälber ruhig, Schafe

mittelmäßig, Schweine glatt.

Bemerkungen:

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene

Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab

Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatz-

steuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen

sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Der Tag der tausend Freuden

Johannisfest auf der Dächentaler Wiege.

Gast genau so traditionell wie die alljährliche Feier des Johannisfestes ist auch das mehr oder weniger boshafte Gedächtnis des lieben alten Wettergottes, der es sich aus irgendeiner Laune heraus nicht verlagern kann, an diesem Tage die Festfreude der Danziger ein wenig zu „verwässern“. Den ganzen Vormittag über drümmte und grölle er herum, daß es nur so eine Art hatte. Aber dann schien er sich doch selbst seiner schlechten Laune zu schämen, jedenfalls begann er sich, zog ein freundliches Gesicht, versuchte selbst manchmal noch etwas Sonnenchein hervorzuzaubern, was ihm aber nicht so recht gelingen wollte.

Trotz alledem, der Danziger läßt sich nicht unterkriegen oder seine Feststimmung verderben. Das beweisen wieder die unzähligen Scharen, die gestern den Dächentalerweg bevölkerten und von und zur Festwiese strömten, wo ein riesiges Transparent dem Besucher einen freundlichen Willkommensgruß bot. Und dann umfing einen wieder der altertraute und so liebe Dächentaler Weg, das unheimliche und doch so reizvolle Durcheinander der vielen Musiken, von Drehorgeln, Lautsprechern und Festkapellen. Das langbekannte Bild breitete sich fast unverändert vor einem hin: Karussells, schwankende Weiltügel, Luftschaukel — neu war allerdings im üblichen Bild des Johannisfestes das weithin sichtbare Riesenrad, aus dessen Gondeln herab man einen herrlichen Blick über den ganzen Festplatz mit seinem bunten, bewegten Treiben tun konnte — Schieß- und Würfelsbuden, Glücksräder, der „Lüße Weg“, bei dem es wieder Riesenkarons mit Konfekt zu gewinnen gab, die verschiedensten Buden mit allerlei Erfrischungen und magenstärkenden Sachen und Schokolade, Lederbissen und Süßigkeiten, Eiswagen und Wagen mit Rutschen und Erdbereen.

Die Hauptsehenswürdigkeit war natürlich wieder das Stangenklettern. Da es kurz vor Beginn der Kletterei geregnet hatte, war die Stange stumpf geworden, so daß fast alle Kletterer das laudende Ziel in der Höhe erreichten. Gleich der erste, der die Klettertour unternahm, der 20 Jahre alte Dekorateur Gerhard Lichte, Langfuhr, Hauptstraße 64, konnte sich die silberne Uhr von der höchsten Spitze unter dem Jubel der Zuschauer herabholen.

Für das Vergnügen der Kleineren war auch wieder zur Genüge gesorgt, mit Sachspießen, Topfgeschlagen und Wurfscheiben. Nicht weniger als 900 Kinder erhielten dabei ein kleines Geschenk. Die Leitung dieser Spiele lag in Händen der Stadtvorordneten Fabian, Dobrowski und Urbit.

Von dem Kommissionshäuschen Klang seltener als in den Vorjahren die Glöde herab, die davon kündete, daß ein kleiner Bub oder ein kleines Mädel seine Eltern suchte. Die gesamte Festleitung lag wieder in den Händen der Grundstücksverwaltung und der bekannten Person des Fortschritts Otto.

Es war wieder ein Johannisfest, wie es sein muß und sein soll, wenn auch das traditionelle Feuerwerk aus Sicherheitspolizeilichen Gründen nicht abgebrannt werden konnte, es war wieder ein Tag der tausend Freuden. hh.

Ein Fußballspiel mit einer Mannschaft der „Kempenfelz“

Sportklub „Preußen“ siegt mit 5 : 3.

Auf der Kampfbahn Niederstadt fand gestern nachmittag ein Fußballkampf zwischen einer Mannschaft des zurzeit hier im Hafen liegenden englischen Zerstörers „Kempenfelz“ und einer Mannschaft des Danziger Sportklubs „Preußen“ statt. Das Spiel, das vor allem in der ersten Hälfte sehr lebhaft und spannungsreich verlief, zeichnete sich durch eine überaus faire Haltung beider Mannschaften aus. Und wenn das Ergebnis 5 : 3 (Halbzzeit 3 : 2) auch zu Gunsten des Danziger Klubs ausging, so war aus dem gesamten Spiel doch eindeutig ersichtlich, daß die Danziger in den englischen Geleuten einen sehr beachtlichen und auch überaus spielgewandten Gegner vor sich hatten. (Wobei man nicht unberücksichtigt lassen darf, daß das hiesige Klima den englischen Gästen ungewohnt genug ist und daß sie das Fußballspiel nur gelegentlich betreiben können.) Zahlreich erschienene Gäste und Sportfreunde verfolgten interessiert das Spiel und sparten bei besonderen Taten einzelner Spieler keinesfalls mit Beifall und vergaßen dabei auch den Schiedsrichter nicht, der der Begegnung des englischen Zerstörers entnommen, geradezu vorbildlich seine Aufgabe löste.

In Anbetracht an das Spiel fand für die Teilnehmer und für eingeladene englische und Danziger Gäste in der Turnhalle der Kampfbahn ein Tee statt, der sehr gemütlich verlief und der die Danziger und ihre englischen Gäste in zwangloser Unterhaltung (so gut es eben ging) noch näher zusammenbrachte. Turnerische und gymnastische Vorführungen Danziger Turner und englische und deutsche Kinder sorgten aufs Beste für Abwechslung. Seitens der Danziger Regierung begrüßte Regierungsrat Blume die Erschienenen und spielte daneben noch für ein paar kurze Ansprachen, die die Spielführer der beiden Mannschaften gegenseitig wechselten, in lebenswürdiger Weise den Volkstisch. Bis in die Dunkelheit blieb man im besten Einvernehmen und bei bester Stimmung zusammen.

D 876 mußte bei Neubude notlanden

Infolge Motorchadens — das Flugzeug beschädigt — Passagiere und Führer unterlegt.

Das deutsche Verkehrsflugzeug D 876 mußte gestern nachmittag infolge eines Motorchadens auf den Nieselfeldern bei Neubude notlanden.

D 876 war fahrplanmäßig um 15.10 Uhr mit 9 Passagieren vom Flugplatz Langfuhr zum Flug nach Königsberg aufgestiegen. Nach kaum fünf Minuten Flugzeit mußte die Maschine jedoch wegen eines eingetretenen Motorchadens zu Boden gehen und auf den Nieselfeldern bei Neubude notlanden.

Bei der Landung stieß das Flugzeug mit der rechten Tragfläche gegen einen Baum und wurde dadurch leicht beschädigt. Da ein Weitertransport des Flugzeuges nicht möglich ist, wird es abmontiert und die einzelnen Teile werden zum Langfuhrer Flugplatz geschafft. Passagiere und Führer sind unverletzt geblieben.

Zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das gestrige Schwurgerichtsurteil.

Das Schwurgericht verhandelte gestern, wie berichtet, gegen den Landarbeiter Friedrich Behrendt, dem die Anklage versuchten Totschlag zur Last legte. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt das Gericht den Angeklagten im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn wegen versuchten Totschlages und unbefugten Waffenbesitzes zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren und einem Monat Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte nur zwei Jahre zwei Monate Zuchthaus beantragt.

Der Präsident des Senats vor der Danziger Presse

Programmatische Ausführungen.

Der Präsident des Senats Dr. Kaufmang hatte heute morgen die Vertreter der Presse zu einer Ansprache geladen, in der sowohl er selbst wie Finanzsenator Hoppenrath und der Senator für Arbeitsbeschaffung und öffentliche Arbeiten kurze zusammenfassende Mitteilungen machten über ihre Absichten und Pläne. Wegen des heutigen großen Stoffandrangs können wir nur mit wenigen Worten auf diese mehr als einstündige Besprechung eingehen.

Eingangs betonte Präsident Dr. Kaufmang, daß die Regierung die Kritik der Presse und Öffentlichkeit nicht ausschalten möchte, sie erwarte aber, daß sie sich in die Arbeit für Volk und Staat einreibe und an der Verwirklichung der Pläne der Regierung mitarbeite. Er, der Präsident, werde alles tun, Beschränkungen der Pressefreiheit zu vermeiden, er werde ebenso rückwärtslos gegen jede zersetzende, niederreißende, volkschädigende Kritik vorgehen.

Dann ging Präsident Dr. Kaufmang auf die Außenpolitik ein, bekannte sich erneut zum Programm der Verständigung, zu einer Außenpolitik auch auf lange Sicht und zu dem Bestreben, zu versuchen, mit Polen in ein annehmbares Verhältnis zu kommen.

Dann kam der Präsident auf die neue Geschäftverteilung im Senat zu sprechen und betonte, daß als eine der ersten Handlungen eine Stelle der Gesamtwirtschaft geschaffen werde, die Landwirtschaft, Industrie, Handel und einzelne Teile aus der Abteilung Soziales umfasse, um so Reibungen innerhalb der einzelnen eng zusammengehörigen Ressorts zu vermeiden. Die Leitung dieser Gesamtwirtschaft übernehme der Präsident des Senats selbst neben der Außenpolitik. An der Vereinigung dieser beiden Aufgaben in einer Hand liege das Bekenntnis, daß in diesen beiden Fragen das Schicksal Danzias liege. Diese Zusammenfassung der Wirtschaftstätigkeit sei auch im Interesse einer klaren Zielsetzung notwendig. Ob dieses Amt dauernd in der Hand des Senatspräsidenten bleiben werde, stehe dahin, möglich, daß später eine besondere Senatsstelle dafür geschaffen werde. Dies könne aber erst gesehen, nachdem die Berufsständekammer Tatsache geworden ist, die eine Voraussetzung dafür sei, daß wirtschaftlich etwas Durchgreifendes geschehe. Jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft sei notwendig. Auf der anderen Seite aber müßte der Wirtschaftsfaktor und Direktionslosigkeit der heutigen Wirtschaft entgegengetreten, das Ganze unter

vorsichtige Führung und Planung gestellt werden. Der Weg dazu sei möglich durch eine Delegation staatlicher Hoheitsrechte auf die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper.

Es sei dann das Dezernat für Arbeitsbeschaffung und öffentliche Arbeiten geschaffen worden, das über den Aufgabenkreis des bisherigen Bauamtes erheblich hinausgehe. Hauptaufgabe sei nicht Architektur und Städtebau, sondern Arbeitsbeschaffung, weshalb in Prof. Hoepfner ein Ingenieur an seine Spitze gestellt worden sei. Diese Abteilung habe vier große Arbeitsgebiete: Arbeitsplanung, eine ingenieurtechnische Beratungskammer, Kreditpolitik und Arbeitsdienst. Am ehesten werde der staatliche Arbeitsdienst in Angriff genommen werden, die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen werden in der kommenden Woche getroffen werden und es sei damit zu rechnen, daß die Einberufung des ersten Jahrganges bereits zum 1. Oktober dieses Jahres erfolgen könne.

Des weiteren betonte Präsident Dr. Kaufmang die Bedeutung der neuen Senatsstelle für Gesundheitspflege und Bevölkerungspolitik, die gerade vom völligen Standpunkte unbedingte Notwendigkeit sei, weil gerade bei uns die Gefahr der raschen Verschlechterung besonders groß sei. Es handle sich hierbei für uns in Danzig dabei nicht um die Frage des Judenproblems, wohl aber um Fragen der Erziehung, der Arbeit, der Siedlung usw., bei denen immer die Fragestellung lauten müsse: Dient diese Maßnahme nur dem Augenblick oder ist sie von Dauer?

Nachdem dann Senator Dr. Hoppenrath ganz allgemein einige Worte über das Ermächtigungsgesetz gesagt hatte, entwickelte Senator Prof. Hoepfner kurz sein Programm und betonte dabei, daß er auch besonders unsere technische Hochschule in den Dienst des Staates zu stellen gedenke, was bis jetzt nicht geschehen sei. Auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten und der Arbeitsbeschaffung müsse alles getan werden unter dem Gesichtswinkel der Notwendigkeit und der geringsten Aufwandes von Mitteln. Hauptproblem sei die Arbeitsbeschaffung. Dies könne nicht geschehen in erster Linie durch Staatsaufträge, sondern durch Eigeninitiative der Wirtschaft. Er denke in erster Linie an großzügige Häuserreparaturen, dann vor allem an Meliorationen und Straßenbau, auch Ausbau von Wegen, die nicht so sehr dem großen öffentlichen Verkehr dienen.

Die Machtbefugnisse Rendzias gerichtlich bestätigt

Das Urteil der 6. Zivilkammer — Die einstweilige Verfügung bis auf geringe Einschränkungen bestätigt.

Die sechste Zivilkammer des Landgerichts, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Ruhn, verurteilte gestern mittag nach 13 Uhr das Urteil in dem Rechtsstreit Rendzia gegen Kaiser und Gen. wegen des Erlasses einer einstweiligen Verfügung durch das Amtsgericht Danzig, die am 12. Mai 1933 auf Antrag Rendzias erlassen wurde. Gegen diese einstweilige Verfügung erhoben die Betroffenen rechtzeitig Einspruch. Am 19. Mai kam es vor dem Amtsgericht Danzig zu einer mündlichen Verhandlung, in der beide Prozeßgegner ausführlich ihren Standpunkt darlegten; das Urteil des Amtsgerichts, das am 22. Mai gefällt wurde, bestätigte jedoch die einstweilige Verfügung in vollem Umfange.

Kaiser und Gen. legten nun gegen dieses Urteil des Amtsgerichts Berufung ein, daraufhin kam es am 16. d. M. zu einer neuen Verhandlung vor der 6. Zivilkammer des Landgerichts, über die wir ja zur Genüge berichtet haben.

Das Urteil der Berufungskammer

Auf die Berufung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, des Verbandes der Sattler und Tapezierer, des Verbandes der Schuhmacher und des Verbandes der Zigarbeiter, des Kassierers Karl Knauer und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig wird das Urteil des Amtsgerichts vom 22. Mai 1933 dahin abgeändert: Die einstweilige Verfügung des Amtsgerichts Danzig vom 12. Mai 1933 wird aufgehoben, soweit sie sich gegen die Antragsgegner richtet.

Im übrigen wird die Berufung mit der Maßgabe zurückgewiesen, daß die einstweilige Verfügung unverändert bestehen bleibt, mit der Einschränkung, daß sie in Punkt 2 folgende Fassung erhält: Die Antragsgegner haben ferner bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Freiheitsstrafe die Büroräume der Gewerkschaften zu verlassen. Gleichzeitig wird ihnen bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Freiheitsstrafe verboten, die Büroräume noch einmal zu betreten, sofern es sich dabei nicht lediglich um Ausübung des ihnen zustehenden Mitgliedsrechts handelt. (In der ursprünglichen Fassung des 2. Punktes der einstweiligen Verfügung fehlte der letzte Passus: sofern usw.).

Die Begründung.

Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten (die Zivilkammer ist nicht dazu verpflichtet, eine Urteilsbegründung zu geben), erklärte sich Landgerichtsdirektor Ruhn dazu bereit, die Entscheidungsgründe zum Vortrage zu bringen, allerdings unter der Voraussetzung, daß Rundgebungen für und wider das Urteil unterblieben.

Wir entnehmen der Begründung, die etwa eine Stunde dauerte, kurz folgendes:

In Verfolg der „Gleichschaltung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes habe Hitler als Führer der NSDAP. durch Verfügung vom 10. Mai 1933 den Leiter der NSDAP, Schumann, zum Führer der Arbeiterverbände ernannt.

Dem Standpunkt des Berrichterers, der in dieser Verfügung revolutionäres Recht erblickt habe, könne das Gericht nicht folgen;

es handele sich um nichts weiter, als um eine Verwaltungsrechtliche Anordnung Hitlers, in der er von den ihm übertragenen Machtbefugnissen Gebrauch gemacht habe. Die NSDAP. vertrete stets und in allem das Führerprinzip, dem auch die Tatsache entspreche, daß Schumann seinerseits befugt war, Unterbevollmächtigte zu ernennen und seine Machtbefugnisse auf sie zu übertragen. Der Antragsteller Rendzia nehme nun auf Grund des Telegramms von Schumann vom 12. Mai 1933 die Rechte eines derartigen Unterbevollmächtigten in Anspruch. Die Machtbefugnisse Schumanns und damit auch die Rendzias endeten nicht an den Landesgrenzen, d. h. an den Grenzen des Deutschen Reiches,

einmal, weil es sich hierum Rechtsfragen privatrechtlicher Natur handele und zum andern, weil es als erwiesen angesehen werden müsse, daß die Danziger Gewerkschaftsverwaltungen nur Ortsverwaltungen der entsprechenden deutschen Zentralgewerkschaften seien,

was einwandfrei aus mehreren Schreiben des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Berlin und an die Fédération Syndicale Internationale in Paris hervorgehe; denn der IGBD. habe in seinem Schreiben vom 12. Mai 1933 an die Fédération Syndicale Internationale gebeten, ihm „bei der Vortrennung von den deutschen Gewerkschaften und der Errichtung eines eigenen Gewerkschaftsbundes beihilflich“ zu sein. Demnach müßte hinsichtlich des IGBD. festgestellt werden, daß der Antragsteller Rendzia auf Grund der ihm von Schumann übertragenen Befugnisse berechtigt gewesen sei, einzelne Gewerkschaftsfunktionäre ihrer Ämter zu entheben und die Leitung und Verwaltung des Bundes zu übernehmen.

Das Gericht gab dann noch den Beschluß bekannt, daß der Wert des Streitgegenstandes auf 10000 G. festgesetzt worden ist.

Sportveranstaltungen der Danziger SPD. verboten.

Wegen unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Der Polizeipräsident hat die morgige Veranstaltung des Arbeiter Turn- und Sportverbandes auf der Kampfbahn Niederstadt, sowie den Staffellauf von Goppot nach Danzig verboten mit der Begründung, daß durch diese Veranstaltung eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliege.

* Generalkonful Dr. Kalina bei Präsident Dr. Kaufmang. Der Präsident des Senats empfing Freitag den Generalkonful der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Dr. Kalina, mit welchem ein Meinungsaustausch über die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stattfand.

* Der Sonntagbesuch an Bord der „Kempenfelz“. Der englische Konful bittet uns mitzuteilen, daß am Sonntag nachmittag nur diejenigen Besucher an Bord des englischen Torpedobootzerföhrer „Kempenfelz“ zugelassen werden, die mit einer persönlichen Einladung versehen sind.

Scheuendes Pferd vor dem Danziger Hof.

Die Kinder des französischen Konfils und ihre Lehrerin überfahren und verlegt.

Heute in den Vormittagsstunden hielt vor dem Danziger Hof ein mit zwei Schimmeln bespanntes Fuhrwerk. Die Pferde wurden sehr unruhig und rissen auf den Platz vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal, wo sie eine Frau und drei Kinder zu Boden warfen und mit den Hufen aneinander schwer verletzten.

Wie wir dazu noch erfahren, handelt es sich bei den Verunglückten um die drei kleinen Kinder des französischen Konfils, von denen zwei noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, und ihre Lehrerin. Während die Kinder nur leichte Verletzungen erlitten, wurde ihre Lehrerin durch Hufschläge am Kopf schwer verletzt. Nach ärztlicher Betreuung konnten alle jedoch wieder in ihre Wohnung entlassen werden.

Burandt legt die Gaführung des Stahlhelm nieder.

Der Landesführer des Ganes Danzig des Stahlhelm, B. d. F., Burandt, hat die Führung des Ganes niedergelegt. Sein Rücktritt steht, wie uns mitgeteilt wird, mit den letzten Vereinbarungen zwischen dem Bundesführer des Stahlhelm, Seldte, und dem Reichskanzler Adolf Hitler in keinerlei Zusammenhang. An seiner Stelle hat die Führung des Ganes Danzig des Stahlhelm der Kreisführer Danzig-Stadt, Weinberg, übernommen. Der neue Führer des Ganes hat den Kreispressewart Reik zum politischen Beauftragten und zum Presseleiter des Ganes ernannt.

Eine Wiener Operette in Danzig entstanden

Aufführung in Danzig in Aussicht.

Der Wiener Komponist Julius Rey, der in Deutschland und in Österreich wiederholt preisgekrönt worden ist, hat während eines längeren Aufenthaltes in Danzig mit dem Festdichter Kurt Schmeiger eine Operette „Lamara tanz!“ geschrieben. Das Libretto ist echt Wiener Milieu entnommen und der Musik, die den Wiener Walzer wieder dominieren läßt, reihen sich die Segte würdig an. Außer einigen reichsdeutschen Bühnen zeigt auch die Intendanz des Danziger Stadttheaters großes Interesse für diese schon von autoritativer Seite anerkannte Operette, deren Uraufführung wahrscheinlich in der kommenden Saison in Berlin oder Wien stattfinden dürfte. Julius Rey ist Stenbörger Sachse. Er entstammt einer bekannten deutschen Familie und wurde nach dem Kriege österreichischer Staatsbürger.

Ein Vortrag über Danzig in London

Die in London anwesenden Mitglieder der Danziger Weltwirtschaftsabordnung Konful Schönborg und Dr. Schäfer, Präsident der Bank von Danzig, sowie einige Herren der deutschen Abordnung, unter ihnen Staatssekretär Dr. Bang, waren vorgestern Gäste des Deutschen Vereins. Regierungsrat Dr. Leitzner vom Senat des Freistaates Danzig, hielt bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über die Korridor- und Danziger Frage. In diesem erweiterte er unter Widerlegung falscher, im Ausland verbreiteter Statistiken und Ansichten die Danzig widerfahrene Unbill, seinen schweren Existenzkampf, die Bedrohung durch den polnischen Hafen Gdingen, die Vorkommnisse Bolens zur Abschüttung Danzigs unter Verächtlichung des grundverschiedenen Arbeiterlohnmeasures in Danzig und Polen und der moralischen Kreditverhältnisse in Polen und widerlegte abschließend die in England leider noch vielfach verbreitete Meinung, daß das Problem des Korridors durch oft-wohl verlaufende Untertunnelung oder Hochstrecken oder durch Quarforridore gelöst werden könne. Der außerordentlich auffällige Vortrag wurde mit großem Beifall von den Anwesenden aufgenommen.

* Max - Wendrich - Gedächtnisausstellung. Im Hauje Stadtgraben 7 wird heute eine Ausstellung von nachgelassenen Werken des im Jahre 1924 in Weichselmünde verstorbenen Marinemalers Max Wendrich eröffnet. Seine beiden Söhne haben jetzt diese Schatz zusammenge stellt, die neben Kriegsbildern und Reisebildern vor allem Seestücke bringt; denn es war ja das Seebild, das Wendrichs Talent besonders lockte.

Regenfälle bei südwestlichen Winden

Weiter unbeständig und milb.

Uebersicht: Das gestern über Schleswig-Holstein gelegene Tief hat seine Lage wenig verändert; sein Kern liegt heute hart östlich von Hamburg und wird voraussichtlich langsam ostwärts wandern. Die Wetterlage bleibt also vorläufig noch unbeständig.

Wetterausichten für heute nachm.: Zunächst heiter bis wolfig, dann Eintrübung, später leichte Regenfälle, schwache östliche Winde.

Sonntag: Meist wolfig, zeitweise Regenfälle, aufstehende südwestliche Winde, Temperatur unverändert. Maximum 20,6 Minimum: 12,6.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Ehefrau Martha Selski geb. Bloch, 47 J. — E. des Müllers Gustav Braun, 10 Wd. — Arbeiter Rudolf Mielke, 33 J. — Maler Bruno Torkel, 38 J. — E. des Schlossers Michael Deja, 9 M.

Standesamt III Danzig-Neufahrwasser.

Todesfälle: Witwe Magdalena Krüger geb. Neumann, fast 80 J. — Witwe Anna Raschewski geb. Weisk, 87 J. — Invalide George Milrath, 83 J. 1 G. unehel., 3 W.

Hauptkassier: Franz Steffen.

Verantwortlich: Für Kulturelles, Politik und Beileiten: Hauptkassier Franz Steffen. Für Wirtschaft, Handel, Theater, Polen, Nachbargemeinde, Vermittlung: Dr. Leo Hertel. Für Soziales, Freizeitanangelegenheiten, Sport: Dr. Baumann. Für Anzeigen und Geschäftsbesorgung: Bruno Libera. Sitz: in Danzig.

Veranstalter: Weltwirtschaftlicher Verlag, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei (Vorstand: Direktor E. Kallian) in Danzig. Am Sande 2.

Wer nicht inseriert

gerät in Vergessenheit!



Heute nachmittag um 4 Uhr entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben, nach kurzem schweren Krankenlager, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Onkel und Schwager

der Maschinenmeister I. R.

Anton Sommer

kurz vor seinem 73. Lebensjahre. Er folgte unserer lieben Mutter nach 10 Monaten in die Ewigkeit.

In tiefem Schmerz

Franz Sommer, Zoppot
Paul Sommer, Langfuhr
Martha Nagel geb. Sommer, Zoppot
Gertrud Rzeppa geb. Sommer, Langfuhr
Max Nagel, Zoppot
Hans Rzeppa, Langfuhr
Therese Sommer geb. Richter
Erna Sommer geb. Lietz
11 Großkinder.

Langfuhr, den 22. Juni 1933.

Requiem am Montag, dem 26. Juni, morgens 8 Uhr, in der Herz-Jesu-Kirche, darauf Beerdigung um 11 Uhr von der Leichenhalle des St. Josephskirchhofes aus auf dem St. Nikolai-Kirchhof an der Hochschule statt. (3461)

Für die uns anlässlich der Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten unseren innigen Dank

Danzig-Schidlitz, den 22. Juni 1933

Paul Nokelski u. Frau
Maria geb. Koslowski.

Kath. Gesellenverein Danzig-Zentral

Sonntag, den 25. Juni

Gartenfest

bei DERRA Schidlitz, Karthäuserstr.

Konzert, Gesang, Belustigungen

aller Art, Kasperle etc. ♦ Tanz ♦

Beginn 16 Uhr Eintrittspreis 30 P

DER VORSTAND.

Achtung! Achtung!

Fahnenweihe

Zur des kath. Arbeitervereins Schöneberg

Fahrtgelegenheit

mit dem Dampfer „Borussia“ von Danzig,

Brabank, ab 7 Uhr morgens, ab Schöneberg

10 Uhr abends.

Hin- und Rückfahrt nur 1.— G.

Meldungen im Kath. Arbeiter-Sekretariat

Danzig, Elisabethkirchengasse 1. von 9-11 Uhr

vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags,

oder am Dampfer „Borussia“ von 8-3 Uhr.

Fahrscheine auch im Vorverkauf.

Der kath. Arbeiterverein Schöneberg

gibt sich die Ehre, alle Brudervereine

zu seiner Fahnenweihe am Sonntag,

den 25. Juni 1933, ergebenst einzuladen.

Festprogramm!

10 Uhr Festgottesdienst

2 Uhr Sammeln der Fahnen vor der

Kirche

2 1/4 Uhr Vesper mit Predigt und

Fahnenweihe. Festzug durch den Ort.

Begrüßung und Glückwünsche. Bazar im

Piargarten mit Konzert u. Unterhaltungen.

Abends Tanz im Hotel G. r. o. s. s.

Reinertrag zur Restzahlung der neuen Glocken.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.

Eintritt für Erwachsene 0.50 G.



Kreuzbund

Reichsverband abstinenter Katholiken e. V.

Bundestagung

mit 25jähr. Jubelfeier der Kreuzbundgruppe

Danzig vom 30. Juni bis 4. Juli 1933.

Sonnabend:

1/8 Uhr Eröffnungsgottesdienst in St. Joseph,

Predigt Franziskanerpater Elpidius.

20 Uhr Begrüßungsabend im Friedr.-Wilhelm-Schützenhaus.

Sonntag:

1/8 Uhr Festgottesdienst in der St. Nikolai-Basilika,

hl. Messe Sr. Exc. Bischof Graf O'Rourke,

Predigt Sr. Exc. Bischof Maximilian Kaller, Diözese

Ermland.

10 Uhr Generalversammlung im Friedr.-Wilhelm-Schützenhaus.

16 Uhr Aufrechtenfest im Garten des Friedrich-Wilhelm-

Schützenhauses.

1/8 Uhr Feierstunde im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.

Festaufführung: „Der Fall Winter“

Montag:

7 Uhr Requiem für die verstorbenen Bundesmitglieder in

St. Joseph.

1/1 Uhr Dampferfahrt nach Nickelswalde über See zum Zelt-

lager der Aufrechten.

Eintrittsprogramm

für die Feierstunde am Sonntag G 1.—

Festabzeichen G 0.20 Dampferfahrt G 1.00

Auskunft ab Donnerstag:

Danziger Verkehrs-Zentrale E. V.

Stadtgraben 5

Höherer aktiver Polizeibeamter

(Off.-Rang) 48, groß, schlank, Junggeselle,

in entwicklungsfäh. Pol., penfionsberechtigt,

erf. Ehegefamtheit m. nationaler, gefun-

der Dame bester Kreise, möglichst während

Urlaub i. Juli. Strengste Discretion zu-

gefordert. Angebote unter Nr. 3460 an die

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Heirats-Anzeigen

Gleichgültigkeit,

mit gutgeh. Geschäft u.

Wohnung, sehr solide

u. freibau, sucht tücht.

Geschäftsdame od. jg.

Witwe mit etwas Ver-

mögen, im Alter bis

30 J., zwecks

Heirat

kennen zu lernen. Nur

ernstgemeinte Angebote

unter Nr. 2466 an die

Geschäftsst. dies. Stg.

Cheglied!

Die beste Grundlage ist

die Uebereinstimmung

im Glauben. Kathol.

Gewilligte all. Stände

finden erfolgr. Mög-

lichkeiten (auch Ein-

heiraten) durch

„Glücksstern“

Anh.: Frau Goetze,

Johannisstraße 62 I

Chrb. Frl., 38 Jahre

alt, wünscht Bekant-

schaft eines alt. Herrn,

Reinher od. Witwer,

zwecks bald.

Heirat

kennen zu lernen. An-

geb. unter Nr. 2461

an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Grundstücks-Markt

Garten-Grundstück

neu, 36 Morgen Land,

liegt an der Chaussee ge-

legen. Anzahlung 5—

6000 Gld., zu verkaufen.

Frede,

Schönbeckstr. Meisterswld.

Stellen-Gesuche

B o t e

längere Jahre in einem

groß. Geschäft tätig ge-

wesen, beste Zeugnisse,

sucht ähnliche Beschäftig.

Angebote unter Nr. 100

an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Stellen-Angebote

Jüngerer

Laufbursche

(Radfahrer) Sohn brav.

Eltern, ab 1. 7. gesucht.

Bömen-Apothek,

Langgasse 73.

Unbedingt zuverlässiger, nüchtern

Chauffeur

für Lieferwagen, gleichzeitig als Haus-

meister von größerem, hiesigem Unterne-

men gesucht. Verheiratete Bewerber, die

schon ähnliche Vertrauensstellen bekleidet

haben, wollen schriftl. Bewerbung mit Zeug-

nisabschriften einreichen. Angebote unter

Nr. 2479 an die Geschäftsstelle dieser

Zeitung.



Hinaus in die Ferne...

und alles, was Sie

für Wandern und

Reise gebrauchen:

Rucksäcke

Schlafdecken

Lederwaren

und Koffer

aller Art kaufen Sie gut

und preiswert bei Eugen

Flakowski

am Milchkannturm.

Verkäufe

Sehr gute, moderne

Schrankgramola

sehr klugschön, mit 24

guten Platten, für 65

Gulden zu verkaufen.

Angebote unter Nr. 2473

an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Moderne

Wohnlaube

2 Zim., Küche, Beran-

da, elektr. Licht, günstig

zu verkaufen.

Oppe,

Dhra, Kieperdamm 3.

(Kolonie Ammer.)

Maffine

Wohnlaube

billig zu verkaufen.

Gewelt,

Gr. Walldorf,

Kolonie Untertrift

(Erdengüld.)

18 000 gute

Ziegelsteine

verkauft billig.

Bluhm,

Sanental, Tel. 279 64.

Gebr. Flügel

gut erhalten, sehr billig

zu verkaufen.

Bischofsberg 36, p. I.

Kauf-Gesuche

Reise-

Schreibmaschine

modernes System, mit

polnischen Buchstaben,

nur sehr gut erhalten, zu

kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 2483

an die Geschäftsstelle dieser

Zeitung.

Unbedingt zuverlässiger, nüchtern

Chauffeur

für Lieferwagen, gleichzeitig als Haus-

meister von größerem, hiesigem Unterne-

men gesucht. Verheiratete Bewerber, die

schon ähnliche Vertrauensstellen bekleidet

haben, wollen schriftl. Bewerbung mit Zeug-

nisabschriften einreichen. Angebote unter

Nr. 2479 an die Geschäftsstelle dieser

Zeitung.

Großes Laboratorium für Zahnersatz
Röntgenaufnahmen und Bestrahlungen.
Vier neuzeitliche Spezial-Behand-
lungs-Zimmer ermöglichen eine
schonende Privatbehandlung.
Zahnziehen u. dr. Betäubg. G. 2.—
Plattenloser Zahnersatz, Gold-
kronen usw. zu bekannt billigen
Preisen. Reparaturen und Um-
arbeitung billig u. in kürzester Zeit.
Viele Dankschreiben. Geogr. 1913.

Zahnleidende

Geöff.-8-7 Pfefferstadt 71

Die Honigernte hat begonnen.

Danziger Hausfrauen!

Kauft nur unser **Edelerzeugnis!**

Wir überwachen und garantieren die

sauberste Gewinnung.

Preis im Glase mit Gewährstreifen G 1.40

ausschl. Glas

Danziger Imkerverband.

Preis ermäßigt

Jacket-Anzug

nur G 6.75

garantiert chemisch reinigen

mit aufbügeln

Färberei Wagner

Chemische Reinigung, Dampfwaschanstalt

Nächste Läden:

Langfuhr, Hauptstr. 27, Danzig, Langgarten 11

Danzig, Portehaiseng. 9, Tiegenhof, Markt 77

Dacharbeiten

führt billigst aus

Bedachungs-Ernst Wilm Danzig, Bischofsberg 33

geschäft. Telefon 248 30

Arterien-

Verkalkung?

Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

www.digital-center.pl

biuro@digital-center.pl

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.

Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.

All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.